

Die „Volkswacht“
erscheint täglich Nachmittags außer
Sonntag und ist durch die
Expedition, Neue Graupenstr. 5/6,
durch die Post und
durch Courteure zu bezu-
gen. Preis vierteljährlich Mk. 3.10,
pro Woche 25 Pf.
Polzeitschrift Nr. 7108.

Volkswacht

Insertionsgebühr
beträgt für die fünfgepaltene
Zeitspalt ober deren Raum
20 Pfennige, für Beilags- und
Versammlungs-Anzeigen
10 Pfennige.
Inserate für die nächste Nummer
müssen bis Vormittag 9 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit der illustrierten Beilage die „Neue Welt“.

Nr. 33.

Breslau, Donnerstag, den 7. Februar 1895.

VI. Jahrgang.

Gestern noch auf stolzen Rossen, heute durch die Brust geschossen.

B. G. Dieses trübsinnige Wort des Dichters kennzeichnet die Stimmung, in welcher sich gegenwärtig die christlichen Socialisten evangelischer Spielart befinden müssen. Wenn sie in der letzten Zeit öffentlich auftraten, schlugen sie hochmütig an ihre Brust und renommierten*) und bramarbasirten**), was das Zeug hielt. Wir werden — wir Lerner Gottes — wir der protestantischen Kirche werden die Welt von dem Fluche des socialen Elends erlösen. Was Lassalle in seinen kühnsten Träumen ersehnt und erdacht, was Marx und Engels ausgeklügelt und philosophirt, was alle die socialdemokratischen Führer und Agitatoren dem Volke vorpredigten — das haben wir, in seinem „berechtigten Kerne“ natürlich, in unser christlich-socialen Programm aufgenommen! Wir haben es mit dem Oele unserer Frömmigkeit gesalbt und es zu unabwiesbaren Forderungen unseres einzig wahren Christenthums selbst erhoben. Nun muß das gesammte Bürgerthum auf die reichlich verzuckerten Früchte unseres Socialismus anbeißen und unsere christlichen Gewerkschaften sich gefallen lassen und zusehen, wie unsere evangelischen Arbeitervereine die sociale Frage recht sanft und ohne daß es jemand meh thun wird, lösen werden. Der Staat selbst kann sich nicht mehr weigern, das große Werk zu fördern, was — wie wir ihm unwiderleglich beweisen können — Christus, der Welt Heiland und Gottes Sohn in eigiger Person begonnen und zur Vollendung unserer gegenwärtig herrschenden Gesellschaft überlassen hat. Selbstverständlich aber müssen vor allen Dingen sich die Capitalisten ihrer gräßlichen und gar zu offenkundigen Selbstsucht entäußern, und der Staat muß uns in unserem Reformwerk helfen und kühn und kräftig weiterschreiten auf der Bahn der Socialreform. Er kann und wird das aber um so lieber thun, da wir ihn merken lassen, daß wir für das Arbeitervolk hauptsächlich deswegen eintreten, weil wir das Königthum und die gesammte bürgerliche Gesellschaft vor der Socialdemokratie retten wollen.

Eben hat noch der bekannte Pfarrer Naumann aus Frankfurt a. M. bei dem evangelisch-socialen

*) Sich wichtig machen.

**) Großthun, prahlen.

Curius in Elberfeld, der vom 14. bis 16. Januar stattfand, stolz und freudig der Wahrheit die Ehre gegeben und dem Capitalismus seinen schönen Egoismus und die Nothwendigkeit der Socialreform haarlein nachgewiesen. Anstatt der erwarteten kleinlauten Zustimmung aus der Kreisen der Bourgeoisie kam aber sofort die Kunde, daß der große industrielle Papst und König — Stumm — über ihn, den Pfarrer Naumann und alle, die auf seinen christlich-socialistischen Köder angebissen haben, den großen Bann verhängt habe. „Die Hülse“, das Prekorgan Naumanns, sei ein socialdemokratisches Blatt, und alle Arbeiter, die es lesen, seien unnachlässiglich auf die Straße zu setzen, — also dekretirte, wie vor kurzem erst die bürgerlichen Zeitungen berichteten, der „Verein zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen des Saargebiets“, dessen Vorsitzender Stumm ist.

Selbstverständlich gilt dieser Schlag nicht nur einzelnen wenigen Personen, sondern zunächst den evangelischen Arbeitervereinen im Saargebiet, in denen das Blatt Naumanns verbreitet ist. Bei dem Elberfelder Curius hat zwar schon der Pfarrer Werth-Schalde mit möglichem Nachdruck hervorgehoben, daß sich die christlichen Gewerkschaften, zu denen sich die evangelischen Arbeitervereine entwickeln sollen, nicht nur von den socialdemokratischen Gewerkschaften, sondern auch von den Dirsch-Dunder'schen Gewerkschaften dadurch auf's schroffste unterscheiden, daß sie auf streng christlichen und monarchischen Grundlagen aufgebaut seien und vor allem die Andahmung eines friedlichen Verhältnisses zwischen Arbeitern und Unternehmern erstrebten. Auch werde von ihnen jedes socialdemokratische Element grundsätzlich zurückgewiesen. Und in der Rede, mit der Pfarrer Weber aus München-Gladbach besagten Curius eröffnete, wies dieser sogenannte christliche Socialist gleichfalls sehr eindringlich darauf hin, daß Stumm in der Reichstagsungung vom 9. Januar sehr mit Unrecht behauptet habe, die evangelischen Arbeitervereine würden, wenn sie Naumann folgten, zu Kampfvereinen und marschirten alsdann direct in das Lager der Socialdemokratie. Die evangelischen Arbeitervereine seien im Gegentheil Kampfvereine gegen die Socialdemokratie, gegen deren „Gotteshaf und Vaterlandslosigkeit“. Und der christliche Gewerksverein der Bergarbeiter im Oberbergamtsbezirk Dortmund z. B. sei im Interesse der evangelischen Confession und des conservativen Standpunktes gegründet worden. Um Stumm völlig zu beruhigen, behauptete Weber

des Weiteren, daß er dem Reichskanzler Fürsten Hohenlohe zustimme und dem Staate gerne die Mittel geben wolle, um beschimpfende und den öffentlichen Frieden gefährdende Angriffe auf Religion, Monarchie, Ehre und Eigenthum, auf Alles, was uns — der herrschenden Gesellschaft natürlich — heilig ist, abzuwehren.

Doch bei Stumm konnte selbst das nichts helfen, denn die christlich-socialen Pastoren reden ja wenigstens immer sehr zum Aerger unserer Großindustriellen, von Socialreformen. Naumann hat in Elberfeld des Langen und Breiten auseinandergelegt, daß solche unbedingt nothwendig seien. Auch der conservative Weber hat ausdrücklich davon gesprochen und die für Großunternehmer ärgerlichen Worte hinzugefügt: „Aber der Arbeiter ist auch seines Lohnes werth.“ — Stöder hat sogar allerlei katheder- und staatsocialistische Gräuelt ausgeframt.

Was Wunder, daß Stumm zeteri und flucht, und daß jetzt seitens der hohen Geistlichkeit überall unter den Pastoren Umschau gehalten wird, ob sich nicht unter ihnen Socialdemokratenfreunde vorfinden.

Und auf der Stelle ist auch einer erwischt worden. Das großherzoglich-hessische Oberconsistorium hat in dem Reichsprediger für innere Mission Wend in Darmstadt sogar einen verkäppelten Socialdemokraten entdeckt, einen Geistlichen nämlich, der sich edreistet hatte, in Naumanns Blatte den „Socialdemokraten von Bollmar“ zu verherrlichen. Das Consistorium hat Wend durch eine Zuschrift vom 8. Januar dem Vorstand der südwestdeutschen Conferenz für innere Mission dieser Unthat wegen denunciirt, und da der Missionsvorstand auf diese Denunciation ausweichend antwortete, hat das Consistorium in einem zweiten Schreiben seine Denunciationsbemühungen wiederholt und versichert, die Thatsache, daß Pfarrer Wend einen Führer der socialdemokratischen Partei verherrlicht, habe „in den weitesten Kreisen Erkennen und Betrübnis verbreitet.“ Unter solchen Umständen, fährt das Consistorium fort, wäre es sehr rathsam, den Pfarrer Wend zu veranlassen, von seiner Reichthätigkeit vorerst abzusehen, bis er durch die literarische Darlegung seiner von der Socialdemokratie abweichenden Meinung den üblen Eindruck seines Artikels einigermaßen beseitigt hätte.

Es wird also das alte, probate Mittel der hohen Clerik angewandt. Dem Geistlichen, der seine Meinung ehrlich zu sagen wagt, wird der Brotforb höher gehängt, und es wird ihm klar gemacht, daß er erst dann auf

Die Bekehrung André Savenay's.

Socialistischer Roman von Georges Renard.

Autorisirte Uebersetzung von Marie Kunert.

13] [Nachdruck verboten.]
„Noch mehr“, fuhr Herr Dusaule fort, „Sie würden sogar 144 Jahre alt werden. Das ist nämlich das Durchschnittsalter des Menschen in der socialistischen Gesellschaft. Außerdem werden die Menschen aber auch an Klugheit zunehmen. Statt mörderischer Kriege wird es nur noch einen ungeheuren Wettbewerb um die Meisterschaft im Pastetenbacken geben.“
„D pui“, sagte Mrs. Wehler entrüstet. „So wird also die Kochkunst dann die erste Kunst sein?“
„D nein, alle Tolerante werden sich in unerhörtem Maße entwickeln. So z. B. wird die Erde dann 37 Millionen Schauspieler, die unseren Molliere weit überreffen, besitzen.“
„Das kann einen schönen Lärm geben“, rief der junge Dusaule, „vorausgesetzt, daß jeder ebenso viel Standal macht, wie ein Schauspieler von heut zu Tage!“
„Das goldene Zeitalter wird dahinter weit zurückbleiben. Das Meer wird sich in einen ungeheuren See von Limonade umwandeln.“
„Von frisch ausgepressten Citronen“, rief Henri Dusaule. „Aber wird es dann auch noch Fische geben?“
„Ich glaube wohl, nur wird man sie dann soweit

gejähmt haben, daß man sie vor die Schiffe spannt, um diese zu ziehen. Lachen Sie nicht. Das steht im socialistischen Evangelium, in den Büchern Fourier's.“
„D, ist das nicht sehr interessant, was uns Herr Dusaule vom Socialismus erzählt?“ sagte Miß May zu Andree und zeigte ihre schönen, wenn auch etwas langen Zähne.

Doch Andree ließ diese Fluth von scherzhaft und witzig sein sollenden Bemerkungen über sich ergehen, ohne ein Wort zu sprechen.

„Was haben Sie denn heute Abend? Sie sind unaussehlich“, fing seine Nachbarin wieder an. „Ich glaube, Gott verzeih's, Sie träumen gar von Ihrer Amazone aus der Volksversammlung. Wenn Sie sie uns doch wenigstens einmal zeigen wollten! Halt! Eine Idee! Wagt sie nicht Fächer? Ich möchte einen bei ihr bestellen.“

Germaine hatte die letzten Worte gehört. Sie schloß sich dem Verlangen der Freundin an.

„Ach“, rief Andree. „Sie halten sie wohl für ein Wunderthier, das man für Geld zeigen kann?“

Schließlich ließ er sich aber doch das Versprechen entreißen, daß er es versuchen würde, sie ihnen eines Tages vorzustellen.

Das Diner war beendet. Die jungen Leute gingen in das Rauchzimmer. Der alte Dusaule rauchte nicht. Andree behauptete, er müsse Präsident irgend einer philanthropischen Gesellschaft gegen den Mißbrauch des Tabaks sein. Der Onkel betrachtete das Rauchen wie ein Laster, weil er wegen eines Magenleidens

nothgedrungen darauf verzichten mußte. Uebrigens war es ihm auch ganz lieb, daß er die Discussion mit dem Gegner, der ihn durch ein so unvorhergesehenes Manöver entwaffnet hatte, fortsetzen konnte.

Andree, der mit seinen beiden Freunden allein geblieben war, nickte Guntram, der während des ganzen Abends den Mund nur zum Essen geöffnet hatte. Er nannte ihn Pylades und fragte ihn, ob er aus Trauer über die Abwesenheit seines theuren Drestes die Sprache verloren habe.

„Da sage noch einer, daß die Freundschaft nichts als leerer Schall ist!“ rief er.

Die Wahrheit war, daß der brave Junge in peinlichster Verlegenheit gewesen wäre, wenn er über seine Ansichten bezüglich der besprochenen Gegenstände auch nur ein Wort hätte sagen sollen. Ja, wenn es sich noch um Pferderennen gehandelt hätte! Das wäre etwas anderes gewesen!

Andree hielt ihm einige der kleinen Kunstgegenstände, die er aus Spanien mitgebracht hatte, vor die Augen, wie einem Kinde, das man beruhigen will. Des jungen Dusaule Specialität war es, über alle politischen und socialen Fragen zu sprechen. Er hielt etwas auf seine Familie und wollte sein Theil dazu beitragen, die Ehre des Geschlechts zu heben. Er bereitete sich darauf vor, Abgeordneter zu werden und war nur während darüber, daß er sich an den nächsten Wahlen noch nicht theilnehmen konnte, weil er noch zu jung war. Sechs Monate fehlten ihm nur noch, um gewählt werden zu können, und nun sollte er die Er-

Verzeihung rechnen könne, wenn er widerrufen und öffentlich Abbitte geleistet haben werde.

Diese Thatsachen beweisen, daß die Vertreter der Großindustrie und, durch sie veranlaßt, Mitglieder der hohen Geistlichkeit, dem evangelischen Socialismus den Garauß machen wollen in dem Moment, da er sich anschickt, eine einigermaßen bedeutende Thätigkeit wenigstens zu versuchen.

Unsere Großcapitalisten möchten am liebsten die paar volksfreundlichen und socialreformerischen Pastoren — gleichviel ob sie christliche oder unehrliche Volksfreunde und Socialreformer sind — auch nicht einmal vom Socialismus, vom menschenwürdigen Arbeitslohn und Arbeiterleben reden lassen, und sie werden es verstehen in wahrscheinlich gar nicht allzulanger Zeit alle solche theologischen Volksfreunde zu beseitigen, welche ihrem Willen auch fernherhin noch zuwider zu handeln wagen.

Politische Rundschau.

— Welche haarsträubende Zustände durch die Annahme der Umsturzvorlage und zwar speciell durch den famosen § 112 geschaffen werden, davon giebt die „Voss. Ztg.“ ein Blatt, dem man doch wirklich nicht die allergeringsten Sympathien für irgend welche „Umsturzbestrebungen“ nachsagen kann, folgende anschauliche Schilderung: „Daß die Armee von der Socialdemokratie bedroht sei, hat man bisher nicht vernommen; man würde es auch heute nicht glauben, wenn es nicht der Generalleutnant von Spis ausdrücklich versichert hätte. Als die Massenverhaftung der Feuerwerker erfolgte, heulte sich die Militärverwaltung, die beruhigende Erklärung abzugeben, daß von anarchistischen oder socialdemokratischen Umtrieben nicht die Rede sei. Jetzt hält man gleichwohl für nöthig, draconische Strafbestimmungen zum Schutze des Heeres gegen die Vergiftung mit „Umsturzideen“ zu erlassen. Welche Zustände werden nicht durch den vorgeschlagenen § 112 geschaffen? Der Bürger sitzt mit einem jungen Freund, der gerade sein Jahr abdient, beim Abendessen und lacht über die „neuesten Enthüllungen“, die der „Vorwärts“ einem unbekannten Gönner der Hofgesellschaft verdankt. Man plaudert über die Freivoluntät, die in einzelnen Kreisen herrscht, über die Wirtschaftsverhältnisse, über die Gründe für das Wachsthum der Socialdemokratie, und der gute Mann, der sich vielleicht durch den Widerspruch einiger Dichtgenossen zu allerlei spöttischen oder heftigen Urtheilen hinreißen läßt, die er selbst bei ruhigem Blut verwirft, hat keine Ahnung, daß er drei Jahre Gefängniß erhalten, nach dem Antrage des Grafen Koon auch die bürgerlichen Ehrenrechte verlieren kann. Denn er hat „es unternommen“, einen Angehörigen des activen Heeres zur Beihilfung an Verbrechen zu verleiten, die auf den gewaltthätigen Umsturz der bestehenden Staatsordnung gerichtet sind. Zwar behauptet er, eine solche Abücht gar nicht gehabt zu haben; auch bestreitet er, daß die Socialdemokratie oder der „Vorwärts“ den gewaltthätigen Umsturz wolle. Aber welche Abücht er gehabt hat, stellt das Gericht fest, und gewinnt es die Ueberszeugung, daß er jene Abücht gehabt habe, so hat er sie gehabt „von Rechts wegen“, und

daß die Socialdemokratie zwar früher ganz friedlich und national gewesen, jetzt aber umstürzlerisch und international geworden sei, das hat der Generalleutnant von Spis im Namen der Reichsregierung behauptet. Vielleicht wendet der Beschuldigte ein, es habe ihm nichts ferner gelegen, als einen Soldaten zu einem auf den gewaltthätigen Umsturz der Staatsordnung gerichteten Verbrechen zu verführen. Aber, so erwidert ihm der Staatsanwalt, das hat auch niemand behauptet; denn hätte der Mißthäter in dieser Absicht gehandelt, so erhielte er nicht Gefängniß, sondern Zuchthaus bis zu fünf Jahren und würde unter Polizeiaufsicht gestellt. So bestimmt der neue § 112. Wehe dem Hauswirth, der Einquartierung bekommt und vor dem Soldaten auf dem Tisch den „Vorwärts“ liegen läßt, oder auch nur die „Hilfe“ des Pastors Naumann, die ja nach der Anschauung des Herrn von Stamm und vielleicht auch einzelner Gerichte ebenfalls socialdemokratisch ist! Wehe dem Grundherrn, der Offiziere bei sich bewirthe und seine Zunge nicht im Zaume hält. Es braucht nur ein „gut gefanter“ Herr oder auch vielleicht ein Bedienter zu denunciren, und das Unglück ist da. Schon in der Commission ist darauf hingewiesen worden, daß diesem § 112 verfallen könne, wer Soldaten zu einem Vergnügen einladet, bei dem „umstürzlerische“ Reden im Scherz oder im Ernst gehalten werden, oder mit ihnen in einen Biergarten geht, in dem Socialdemokraten verkehren. Denn er hat „es unternommen“ u. s. w. Freilich meint der Geheimrath Sedendorff: „Man muß darauf bauen, daß die Gerichte eine vernünftige Anwendung von dem § 112 machen.“ Es mag die Abücht zu einer Verleitung vorhanden sein.“ Aber lehrt nicht alle Tage die Erfahrung, wie verschiedene Gerichte dasselbe Gesetz verschieden auslegen und anwenden? Und was hindert die Gerichte, die Abücht zur Verleitung anzunehmen, wo sie thatsächlich gefehlt hat? Dann treten sich die Gerichte, und der Verurtheilte „muß es eben tragen“. Aber selbst wenn die Gerichte alles Vertrauen verdienen, das die Regierung fordert, so ist es oft genug schon Unglück genug, überhaupt angeklagt zu werden, auch wenn man schließlich freigesprochen wird. Oder geht Herr Sedendorff noch weiter und erklärt: „Man muß darauf bauen, daß die Staatsanwaltschaft keinen Unschuldigen anklagen und in Untersuchungshaft bringen werde?“ Und worauf gründet die Regierung das Verlangen nach der neuen Strafvorschrift? „In der Kneipe sagt jemand zu einem Soldaten: Ihr braucht dem Vorgesetzten nicht zu gehorchen, er muß Euch gehorchen“, so erzählte der Generalandtour Ktenbach. Aber die Anfordderung zur Ungehorsamkeit ist auch heute schon mit Strafe bedroht, mit Gefängniß bis zu zwei Jahren. „Ich habe eine Reihe von Flugchriften, die mir anonym zugewandt wurden“, sagte der Geheimrath Sedendorff. Aber wir meinen, daß die Mitglieder der Regierung gegen anonyme Zustellungen einziges Mißtrauen hegen können. Welche könnte nicht ein Hochbarler, der durch die anarchistische Schule gegangen ist, um sich dann um die Stellung eines Polizeigenanten zu bewerben, seinen Befähigungsnachweis zu erbringen haben, indem er allerlei unehrerhörliche Humbug selbst verübt und dann unter großem Schreie erst die?

Wie solche Dinge gemacht werden, hat Herr von Bismarck-Schönhausen in seinen Frankfurter Berichte mit guter Laune geschildert. Je weiter die Commission in der eingehenden Prüfung des „Umsturzgesetzes“ kommt, um so unannehbarer muß die Vorlage erscheinen, der noch einen Funken von Liberalismus in sich fühlt, und nicht eine Rechtsunsicherheit schaffen will die der heutigen Staatsordnung verhängnißvoller werden muß als alle Ausschreitungen der „Umsturzparteien“.

— Dem Centrum geht es wegen seines Verhaltens in der Umsturzgesetzfrage scharf an den Kragen und von den verschiedensten Seiten, besonders aus Süddeutschland wie aus rheinischen Gegenden, fordert man mehr oder weniger ein Umkehren von dem beschrittenen Wege. Das „Münzler Journal“, das Organ des heftigen Centrums, erklärt:

„Was ist mehr werth: die ausschlaggebende Partei im Reichstage zu sein und zu bleiben, oder aber als unser Centrum der Gegenstand größter Begeisterung, treuester Hingebung und Liebe des gesammten katholischen Volkes zu bleiben? Wir sollten meinen, die Wahl ist nicht schwer! Wenn die Regierung auch in Folge der Ablehnung der Umsturzvorlage den Reichstag auflöst, wenn auch das Centrum bei Neuwahlen im unglücklichsten Falle die ausschlaggebende Stellung im Reichstage verlieren sollte, wahrhaftig, das wäre kein großes Unglück! Das größte Unglück wäre für uns, wenn die Einheit aufs Neue zerbröckelt, namentlich aber, wenn das Vertrauen des katholischen Volkes in seine Abgeordneten erschüttert würde! Da wir sehen, welche Erregung die vorläufige Abstimmung verursacht hat, halten wir uns verpflichtet, vor einer definitiven Abstimmung in gleicher Richtung aufs eindringlichste zu warnen!“

Und weiter heißt es in dem Artikel des genannten Blattes:

„Ein mitten in der katholischen Bewegung stehender Mann, dessen Treue zum Centrum von Niemandem bezweifelt wird, meinte: Wenn die Umsturzvorlage durch das Centrum angenommen wird, dann bleibt uns nichts anderes übrig, als wir gehen unsere eigene Wege unter der alten Fahne „katholische Volkspartei“. Wir billigen diese weitgehenden Befürchtungen nicht, allem sie sind ein sehr bemerkenswertes, tiefstes Zeichen der Stimmung in unserem Volke!“

Bei solcher Stimmung im Lager der Centrumswähler wird allerdings wohl die Frage ziemlich dringend an die Centrumsfraction herantreten, ob es nicht doch noch seinen Cours in Sachen des Umsturzes ändern will. Die leitenden Herren der Partei dürften schon eingesehen haben, daß sie nicht das Gesicht haben, so mit ihren Parteigenossen im Lande umzuspinnern, wie es der verstorbene Wadthorst verstand, — auch wenn eben die Wähler, wie aus ihren wiederholten Mißfallensäußerungen hervorgeht, nicht mehr Duff zu haben, derartig mit sich umspringen zu lassen. Für die Centrumsfraction steht mehr auf dem Spiel, als der Verlust einiger Wahlkreise bei etwa stattfindenden Neuwahlen, es handelt sich bei der dauernd volksfeindlichen Haltung der Centrumsfraction um die Existenz der Partei!

füllung seiner Hoffnungen noch vier lange Jahre hinausgeschoben! Entsetzlicher Gedanke! Er wäre ganz unthunlich darüber gewesen, wenn ihn der Gedanke nicht gestärkt hätte, daß er inzwischen durch eine reiche Heirat seine Aussichten verbessern könnte.

Mit Andree aufgewachsen, der ihn durch und gern wegen einer gelährten Miene bewunderte, schonte er ihn aus mehr als einem Grunde. Er ahnte ihn nach, so gut er konnte, was er für die jenseitige Art hielt, ihm seine Zustimmung auszubringen. Weil Andree den Lauf der Dinge als Dilettant beurtheilte, heuchelte Henri, um ihm zu gefallen, eine Gleichgültigkeit und einen Scepticismus, der nur zur Hälfte aufrichtig war: in Wirklichkeit besaß er jedoch Energie und hatte sich über vieles eine eigene Meinung gebildet. Er hielt es für vortheilhafter, in der Tragcomödie der Welt mitzuspielen, anstatt nur zuzuschauen. Er wartete nur auf eine Gelegenheit, auf das Eintreten von Umständen, die ihm ermöglichten, Andree zu seinen Anhängern zu betreten und ihn für seine Zwecke zu gebrauchen.

Diese Abend war er wieder darauf gefaßt, daß Andree sich wie gewöhnlich in heißender Ironie und paradoxen Bemerkungen Luft machen würde. Aber Andree sprach wenig und nur ernsthaft und schien lebhaft mit seinen Gedanken beschäftigt. Auf seinem Diwan ausgereckt, schloß er in den bläulichen Räucher seiner nünftigen Cigarette dem Fluge eines ihn peinigenden Gedanken zu folgen.

„Sage mal, Du zukünftiger Abgeordneter,“ sprach

er plötzlich zu Henri, „was ist Deine Meinung über den Socialismus?“

Henri sah ihn hart an, um sich zu vergewissern, daß er nicht scherzte. Auf jeden Fall hielt er es für gut, sich nicht zu compromittiren.

„D. h.“ antwortete er, „ich würde darin die Maßregeln unserer Wähler theilen, wenn ich gewählt werden sollte. Ich bin glaube ich, daß das, was Papa heute anspricht, auch sein Curs hat. Vielleicht schon ein wenig veraltet, aber in der Provinz macht das noch immer Effect. Solche Redenarten sind bequemer, sie verpflichten zu nichts. Und dann scheint es mir, daß wir uns jetzt in einer Zeit befinden, wie am Vorabend von Schmandbierzig. Es ist vielleicht nicht ganz bumm, wenn man jetzt schon ein Stückchen den Socialisten spielt.“

Andree hatte es schon Dutzende von Malen mit anhören müssen, wie sich Politiker hinter verschlossenen Thüren in diesen Fragen als die Gleichgültigen aufgeführt hatten; er war immer der erste gewesen, der sich über die Ungehörigkeit der Candidaten und die Naivität der Wähler lustig machte. Er schämte sich, noch niemals bei der Wahl seine Stimme abgegeben zu haben. Er konnte sich nicht enthalten, verächtlich bei dem Gedanken zu lächeln, daß auch Henri wie so viele andere, bereit waren, alles zu versprechen und nichts zu halten.

„Aber, Du weißt Staatsmann,“ sagte er mit schneidender Stimme, „Du wirst dich nur darauf, endlich dahinter zu kommen, welche der Kräfte für

Dich die nützlichsten sein werden?! Ganz wie Talleyrand, meinst Du!“

Henri überlegte, ob er lachen oder sich beleidigt fühlen sollte. Er zog das erstere vor.

„Was willst Du!“ sagte er. „Die Ueberzeugung! Es ist damit gerade wie mit den Frauen. Man muß viele Liebhaber gehabt haben, bevor man eine für das ganze Leben heirathet.“

Ob Andree diese Art, mit den Gedanken zu spielen, nach ihrem wahren Werth tagirte? Er setzte nichts mehr hierzu und sprach dann von etwas anderem. Aber die Gedanken über Socialismus und alles, was heute darüber gesprochen war, verfolgten ihn den ganzen Abend. Als die drei jungen Leute wieder in den Salon traten, saßen Dufel Theodor und Dujaule in einem Eifer und beendeten ihre Discussion, die sehr hitzig gewesen sein mußte, wenigstens konnte man dies aus dem ungewöhnlichen röthlichen Schimmer ihrer Gesichter, in dem die Gesichter der beiden Gegner leuchteten.

„Ja,“ sagte der Dufel, „ich sehe, daß wir im Grunde mit unseren Ansichten doch übereinstimmen. Aber ich bin mehr für die Gewalt.“

„Aber ich dagegen bleibe dabei, ich ziehe ein sanfteres Verfahren vor.“

„Der Socialismus ist eine ansteckende Krankheit, die man mit Eisen und Feuer heilen muß.“

„Ansteckende Krankheit, ganz gut gesagt! Unsere laudbaren Reformen sind das beste Gegenmittel.“

(Fortsetzung folgt.)

Ein wahres Jammergeschrei erheben über den Ausfall der württembergischen Landtagswahlen die Nationalliberalen, besonders eins ihrer Hauptorgane, die „Nationalzeitung“.

Das edle Blatt, welches den ganzen Sommer hindurch für die Reichstags-Auflösung Stimmung zu machen suchte, trägt jetzt, daß für den gemäßigten Liberalismus eine schwere Zeit sei. „Er ist um der Reichs- und Staatsinteressen willen genöthigt, Forderungen und Maßregeln zu vertreten, die nirgends in der Welt bei den Massen populär sind; dabei fehlt in der Politik der Gegenwart jeder große Zug, jedes erhebende Element, wodurch früher auch für harte Nothwendigkeit ein Verständnis bei der Menge der Wähler erwirkt wurde, und wie viel in den letzten Jahren zur Verirrung und Verhimmung der öffentlichen Meinung beigetragen ist, darüber braucht kein Wort verloren zu werden.“

Ja ja und am Eifrigsten bei dieser Arbeit waren die nationalliberalen Bedientenseelen, die nun ihren Lohn für ihre Thaten davon tragen.

Den Bekämpfern der „Umsturzvorlage“ wird es nachgerade unheimlich bei dem Wachstum, dessen sich die Paragraphen der Umsturzvorlage in der Commission fähig erweisen. Die Gegner der Vorlage deren Anhängern die Freude an ihrem Lieblingstimo zu trüben suchen dadurch, daß Jene auch Verbrechen und Vergehen aufnehmen, die von den Umstürzbekämpfern selbst allein oder doch besonders begangen werden, hat deren heftigsten Schmerz und Groll hervorgerufen. Ganz erboht erklärt die „Köln. Ztg.“:

Die Gegner der Umsturzvorlage haben sich auf die Taktik berlegt, in den Entwurf allerlei Bestimmungen hineinzubringen, welche die Vorlage den Feinden eines entschiedenen Vorgehens gegen die Umsturzparteien verleiden müssen. So suchen die Socialdemokraten die Vorlage für die Mittelparteien unannehmbar oder doch recht bedenklich zu machen, indem sie ihre Hand dazu bieten, daß der § 11a der freien temperamentvollen Kritik religiöser Fragen unter Umständen gefährlich werden kann. Den Conservativen sucht man die Umsturzvorlage zu verfallen, indem man die Verherrlichung der Cavalierbegriffe über das Duell in den Rahmen der Verbote hineinzwängt. Wir meinen, diejenigen bürgerlichen Parteien, die redlich bemüht, ein Gesetz zu schaffen, welches seinen Zweck, die Bekämpfung der Umsturzparteien, in möglichst genauer Begrenzung erfüllt, müßten eine sehr mäßig entwickelte politische Einsicht entwickeln, wenn sie sich von der Sucht, dem bürgerlichen Nachbarn einen Streich zu spielen, dazu verleiten ließen, diese Speculation zu beginnen. Die bürgerlichen nicht-radicalen Parteien müssen demnach ihre Sondermeinungen energisch zurückdrängen und sich zu einer Gestaltung des Entwurfs vereinigen, die für sie alle annehmbar ist. Das ist ein einfaches Gebot der politischen Lage.“

Die „Köln. Ztg.“ übersteht in ihrem Jammer nur, daß das, was sie von den „nichtradicalen bürgerlichen Parteien“ fordert, unerfüllbar ist. Diese Parteien (Conservative und Nationalliberale) bilden nämlich eine Minorität, die allein nichts entscheiden können. Das Centrum verfolgt seine eigenen „christlichen“ Interessen, die weder den kulturkämpferischen Nationalliberalen, noch den duellwüthigen Conservativen passen. Daß die Socialdemokraten ihr Möglichstes thun, den Herren die Umsturzvorlage möglichst unschmackhaft zu machen, daß sie ihnen dazu verhelfen, sie selbst mit auslösen zu müssen, ist unter der vorliegenden Situation die einzig richtige und mögliche Taktik. Für die „Verbrechen“ der Armen ist der „ordnungspartheilichen“ Sippschaft keine Strafbestimmung stark genug, für ihre eigenen Sünden wollen sie Straffreiheit.

Der Staatsrath und die Nothlage der Landwirtschaft. Der Landwirtschaftsminister ist, wie die „Berliner Neuesten Nachrichten“ mittheilen, mit der Ausarbeitung einer Denkschrift beschäftigt, welche den Berathungen des Staatsraths über die landwirthschaftliche Nothlage zu Grunde gelegt werden soll. Wir sind überzeugt, daß diese Berathungen keinen größeren Nutzen haben werden, als die Agrar-Enquete des verfloffenen Jahres, deren Worthlosigkeit der damalige Landwirtschaftsminister in seinem Schlußworte selbst constatiren mußte. Wenn die Meldung eines Blattes, das mit den Agrariern Fühlung hat, richtig sein sollte, so plant die Regierung eine Verbesserung der bäuerlichen Creditfrage. Die Hauptfächer über den Nothstand der Landwirtschaft, die Fürsten, Grafen, Barone und die übrigen Grundbesitzer haben aber ganz andere Ziele, als die Verbesserung der bäuerlichen Creditverhältnisse. Sie verlangen directe Staatshilfe für sich und verzichten auf Nebensächlichkeiten, wie es z. B. der Beschluß des Kreis-Ausschusses des Kreises Danziger Höhe ist, der reisengehenden das Kreisblatt zur unentgeltlichen Aufnahme von Gesuchen um Arbeitskräfte zur Verfügung stellt, um so den Ausgleich zwischen dem Arbeiterüberschuß in der Stadt und dem Arbeitermangel auf dem Lande zu fördern. Sie wissen zu gut, daß

berartige Mittelchen nichts fruchten. Die Arbeiter wissen wohl, daß auf dem Lande zeitweise Arbeitermangel herrscht, sie suchen aber diese Arbeit nicht auf, weil sie die Rechtlosigkeit der ländlichen Arbeiter verabscheuen, weil sie auf das Coalitionsrecht nicht verzichten wollen, weil sie sich als Menschen behandelt wissen und nicht mit Hungerlöhnen abgesperrt werden wollen. Hier Wandel zu schaffen, liegt den Agrariern ferne, deshalb leiden sie unter dem Mangel an Arbeitern. Was sie wollen, ist die chinesische Mauer um Deutschland, damit sie allein die Preise bestimmen können, ist ferner die volle Rechtslosmachung der Arbeiterklasse, damit sie beliebig viel Arbeiter haben und das Arbeitsverhältnis lediglich nach ihren Wünschen einrichten können. Solche Zustände herbeizuführen ist aber trotz kaiserlicher Gnade, trotz agrarischer Minister, trotz Einberufung des Staatsraths und Durchdringung der Umsturzvorlage unmöglich. Und deshalb wird der Jammer über die Nothlage der Landwirtschaft bei den Agrariern nicht verstummen.

Die Verpflegung der Soldaten soll verbessert werden! Diese Wundermär dringt jetzt aus den Kreisen der Zeitung unseres „herrlichen Kriegsheeres“ in das gemeine Volk herunter. Die Heeresverwaltung soll beabsichtigen, die Truppenverpflegung aufzubessern und hierfür im nächsten Etat die Mittel zu fordern. Die Behauptung, daß die dem Soldaten zugemessene Löhnung zu knapp sei und er des Zuschusses von Hause bedürfe, wenn er sich den an seine Leistungen gestellten Anforderungen gemäß verpflegen wolle, hat man nicht widerlegen können. Vielmehr wird jetzt zugegeben, daß die gegenwärtige Verpflegung unserer Soldaten unzureichend ist. Je mehr der Kräfteverbrauch in Folge der größeren körperlichen Anstrengungen steigt desto kräftiger und reichlicher muß auch die dem Körper zuzuführende Ernährung sein, und nach dieser Richtung hin beabsichtigt die Militärverwaltung eine Aufbesserung der Sätze für die Garnisonverpflegung, die erst beim Austrücken der Truppen aus dem Standorte eine Erhöhung erfährt. Jetzt soll in der Garnison die Fleischportion um 30 Gramm, die Gemüseportion auf die Sätze des Gemüseheils der Manöververpflegung unter gleichzeitiger Fettsäuregabe von 40 Gramm und die Manöverkost durch eine Fettsäuregabe von 60 Gramm erhöht werden. Also jetzt endlich ist man dahinter gekommen, daß die Beköstigung der Soldaten bisher durchaus unzureichend war, während doch vor einigen Jahren das Soldatenleben als „Feriencolonie“ bezeichnet wurde. — Freilich ist die hier verfolgte Politik ja keineswegs unverständlich. Erst die Gelder für die neuen Kanonen, die neuen Gewehre, die neuen Kriegsschiffe, die Gelder für die Vergrößerung der Armee überhaupt. Die Kanonen, die Kriegsschiffe, etc. sind die Hauptsache, das Menschenmaterial ist die Nebensache. Haben wir erst die Geldmittel für alles übrige, denkt die Heeresverwaltung, dann muß der Reichstag auch — schon aus Menschlichkeit — die Mittel für eine weniger miserable Verpflegung der Truppen bewilligen. Und in dieser Voraussetzung wird die Heeresverwaltung am allerwenigsten fehlgehen. Wer einmal A gesagt hat, der muß auch B sagen. Hat der Reichstag die Vergrößerung des Heeres bewilligt, dann müssen auch die Mittel für die Beköstigung der neuen Truppentheile bewilligt werden: und werden an die Leistungsfähigkeit der Soldaten immer höhere Anforderungen gestellt, dann muß auch die so wie so schon ungenügende Beköstigung verbessert werden. So folgt eins aus dem andern. Und das Volk bezahlt die Zehe. — Das sind die Consequenzen des Militarismus.

Die politische Polizei, so schreibt der gemeinschaftliche Berliner Correspondent mehrerer nationalliberalen Zeitungen, hat seit der letzten frühzeitigen Mittheilungen des „Vorwärts“ über die vom Kaiser an seinem Geburtstage beabsichtigten Gelasse Tag und Nacht nach dem Urheber geforscht, doch sei es ihr bisher noch nicht möglich gewesen, den Schuldigen ausfindig zu machen. Es hätten sich intime Beziehungen zwischen dem socialistischen Lager und politischen und gesellschaftlichen Stellen — bis hoch hinauf — geknüpft, die damit durchaus nicht etwa abgebrochen oder aus der Welt geschafft worden sind, daß die verbündeten Regierungen im Reichstage eine Umsturzvorlage einbrachten. — Es wird noch Manches, das den Herren schwer im Magen liegt, nicht aus der Welt geschafft sein, trotz aller Umsturzgesetze, dessen sollen die Herren schon noch inne werden.

Herr Iskraut, der bekannte Sgpaio, agitirt gegenwärtig im Wahlkreise Schwenge-Schmalalden für seine Wahl zum Reichstage und zwar in einer Weise, wie sie denn doch wirklich wohl noch nicht da war, wenigstens in Deutschland nicht. An Sonn-

tagen predigt der edle „Diener Gottes“ nämlich für irgend einen Amtsbruder Vormittags in der Kirche und des Nachmittags hält er dann im gleichen Orte eine Wählerversammlung ab, in welcher er sich als Candidat zum Reichstage vorstellt und seine Bauern gehörig „verköhlt“. Es ist am Ende wirklich nicht ausgeschlossen, daß diese edle Pflanze den Reichstag zieren wird.

Hunger in Italien! Der „Wiener Arbeiterzeitung“ wird aus Mailand geschrieben: Während in dem Wüstenland von Afrika Millionen über Millionen hinausgeschüttet werden — vier neue Bataillone Kerntruppen und Schiffsladungen Munition, darunter 75,000 neue Gewehre, wurden letzte Woche in Neapel eingeschifft — stirbt das Land Italien in großen Theilen buchstäblich vor Hunger. Sicilien zumal, die Sonneninsel, ist unter dem Hause Savoyen zur Insel des Todes, des schwarzen Hungertodes geworden. Aus der Provinz Catania kommen Depeschen, die die Noth der Bauern und Schwefelarbeiter als herzerreißend schildern. Fünf Namen von Bauern werden aufgezählt, die auf den Feldern, gestorben vor Hunger, gefunden worden. Die Familien der Brothlosen und Arbeitslosen reißen die unreifen Wintersaaten aus und suchen Kraut wie die wilden Thiere im Winter. In Catania hat sich eine Hungercommission gebildet, an deren Spitze der Präsident der Handelskammer und die Abgeordneten Aprile, San Giuliano und Bonajuto stehen. Sie schreiben um Hilfe nach Rom. Aber dort ist kein Geld für solche elende Dinge, und die Kammer, die Volksvertretung ist — zum blutigen Hohn auf die Verfassung — auf Befehl Crispi brutal geschlossen worden. Crispi bereitet als triumphirender Sieger von Afrika die Neuwahlen vor. Aber er hat ja Zeit und Spielraum, die Wahlen sollen erst Ende April oder im Mai stattfinden, und damit die heillose Diktaturwirtschaft ungestört vier Monate weiter wüthen kann, wird das Decret der Auflösung, das Crispi schon in der Tasche hat, noch nicht veröffentlicht, das Datum ist nicht ausgesetzt. — Aber nicht in Sicilien allein herrscht der blutige Hunger und fordert seine Opfer. Aus Ferrara wird gemeldet: Hier hat sich für die Provinz eine Commission gebildet, die unter dem Vorsitz des Abgeordneten Gatti den Familien der vielen tausend Arbeitslosen Hilfe schaffen will. Gatti hat sich an den Finanzminister gewendet, zugleich mit dem Bürgermeister von Ferrari, der öffentlich erklärt hat, er müsse sein Amt niederlegen, wenn von der Regierung nichts gethan wird. Jeden Tag ziehen aufgeregte Schaaren in dichten Massen vor das Municipium in Ferrara und harren auf Antwort aus Rom. Die Depesche schließt: „Si temono gravi disordini, provocati dalla fame.“ („Man fürchtet schwere Unruhen, hervorgerufen durch den Hunger.“) Was hat die Regierung als Antwort auf die Hungerschreie in den jüngsten Tagen angeordnet? Sie hat beschlossen, eine Ruhmesmedaille — für die Offiziere in Gold — auf die letzten Siege in Afrika schlagen zu lassen, die Hunderttausende kostete. Ja, Crispi — als Dictator und Bursensfreund Umberto's kann er sich das leisten — hat eine goldene Medaille münzen lassen zur Feier der Hochzeit seiner Tochter mit dem Fürsten Siquaglia. Alle Beamten sämtlicher Ministerien wurden gezwungen, sich diese Medaille, auf der Crispi und Donna Dia zu sehen sind, anzuhängen.

Was ich hier berichte, so mädchenhaft es klingt, sind schlichte, nackte Thatfachen aus der Herrschaft der Bourgeoisie vom Ende des neunzehnten Jahrhunderts. Die wahnwüthige, plötzliche Erhöhung der Steuern auf die Zündhölzchen — sie wurde im Widerspruch mit der Verfassung bei Schluß der Kammer durch königliches Decret angeordnet — hat unzähliges neues Elend über das Land, zumal in Norditalien, verbreitet. Eine blühende Industrie ist vernichtet; die großen Fabriken in Piemont, in Toskana, in der Lombardia und in Venetien haben ihre Thore geschlossen und die Arbeiter — viele, viele Tausende mit ihren Familien aufs Pflaster geworfen. Die Fabrikanten selbst haben sich vereint an die Gerichtsbänke gewandt, um gegen die brutale Ungerechtigkeit der Maßregel zu protestiren. Aus Turin wird soeben gemeldet, daß tausende brotlos gewordene Arbeiter aus den Zündholzfabriken De Medici, Lobonz, Lavaggi und Gialli sich geüert vor der Praefectur scharrten mit dem Geschrei: „Nieder die Zündholzsteuer! Gebt uns Arbeit! Wir sterben vor Hunger!“ Eine Deputation wird zum Praefecten hineingesendet, eine andere begibt sich zum Bürgermeister Merlani. Beide versprachen, sich telegraphisch an den Minister Veselli in Rom zu wenden; mit welchem Erfolge, ist vorauszusehen. Was ins Ausland hinein erstreckt sich mit sichtbarer Wirkung Crispi's Schandwirtschaft. Soeben hat der schweizerische

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht der „Volkswacht“.)

30. Sitzung.

Mittwoch, den 6. Februar, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: Fürst Hohenlohe, Dr. v. Boetticher.

Zunächst wird ein schleuniger Antrag Auer u. Gen. (Soc.) auf Einstellung eines gegen den Abgeordneten Schmidt-Frankfurt (Soc.) beim Reichsgericht schwebenden Strafverfahrens wegen Preßvergehens debattelos angenommen.

Sodann gelangt die folgende Interpellation der Abgg. Dr. Hitze und Dr. Lieber (Centrumsp.) zur Verhandlung:

„Die unterzeichneten Mitglieder des Reichstages richten an die verbündeten Regierungen die Anfrage: Welche gesetzlichen Bestimmungen sind in Ausführung der kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar 1890 über die Formen in Aussicht genommen, in denen die Arbeiter durch Vertreter, welche ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten theilhaftig und zur Wahrnehmung ihrer Interessen bei Verhandlung mit den Arbeitgebern und mit den Organen der Regierung betheiligen werden? — Darf insbesondere die Vorlage eines Gesetzes betreffend die gesetzliche Anerkennung der Berufsvereine und die Errichtung einer geordneten Vertretung der Arbeiter (Arbeiter-Kammern) zum freien und friedlichen Ausdruck ihrer Wünsche und Beschwerden auch gegenüber den Staatsbehörden baldigst erwartet werden?“

Reichskanzler Fürst Hohenlohe erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten. Zur Begründung derselben nimmt das Wort

Abg. Dr. Hitze (Centr.): Die Erlasse vom 4. Februar 1890 wurden mit großer Begeisterung aufgenommen. Es knüpfen sich weitgehende Hoffnungen daran, zum Theil übertrieben, die sich nicht erfüllen konnten. Aber manches ist doch erreicht worden. Ich erinnere nur an das Arbeiterschutzgesetz, an dessen Zustandekommen wir ehrlich mitgearbeitet haben. Aber wir können dabei nicht stehen bleiben. Im Volke ist nur zu sehr der Glaube verbreitet, die Umsturzvorlage habe einen arbeitserfindlichen Charakter. Man befürchtet, daß weitergehende Wünsche der Arbeiter Erfüllung nicht finden würden. Wir haben einen dieser Wünsche herausgegriffen, der auch in dem erwähnten kaiserlichen Erlasse als berechtigt anerkannt worden ist. Leider sind die gesetzlichen Formen, in denen die Interessenvertretung der Arbeiter sich vollziehen soll, noch immer nicht gegeben. Diese Interessen sind zum Theil materielle. Hier muß der Arbeiter mehr und mehr auf den Weg der Selbsthilfe verwiesen werden. Dazu können die Berufsvereine mit ihren Einrichtungen dienen. Diesen aber muß die gesetzliche Anerkennung gewährt werden, damit sie vor allem einen guten Arbeitsnachweis organisieren können. Die Anerkennung muß aber eine allgemeine von Reichswegen sein. Ueberließe man sie den Einzelstaaten, so würde die Organisation zu verschiedenartig. Wir können es ferner den Arbeitern nicht verwehren, daß sie sich zur Erlangung besserer Lohnbedingungen zusammenschließen. Deshalb haben alle Culturstaaten den Arbeitern das Coalitionsrecht zugestanden. Auch hier muß den Arbeitern aber eine gute Organisation zur Seite stehen, die auch gesetzlich anerkannt ist. Die Gewerksvereine und Gewerkschaften sind es nicht. Es scheint somit auch aus diesem Grunde die Anerkennung der Berufsvereine nöthig. Dieselbe würde zudem nicht nur den Arbeitern, sondern auch anderen Ständen zu Gute kommen. Die Bauernvereine z. B. wurden dadurch in ihren Bestrebungen wesentlich unterstützt. Das Verhältnis zwischen Arbeitern und Arbeitgebern ist nicht immer so gut, wie wir es wünschen. Die Arbeitgeber sträuben sich zu sehr gegen die Anerkennung der Arbeiter-Organisationen. Ich hoffe, daß auch hier die Berufsvereine leistungsfähig wirken könnten. Daß sie eine Waffe in den Händen der Socialdemokratie werden könnten, befürchte ich nicht. Ihre Organisation wird wohl immer selbständig nebenhergehen. Bricht einmal ein Krieg zwischen Arbeitgebern und Arbeitern aus, so können die Berufsvereine wirksam vermitteln, denn sie genießen zweifellos auf beiden Seiten Ansehen. In zweiter Linie fordern wir aber noch eine geordnete Vertretung der Arbeiter in Arbeiterkammern. Dieselben würden die Möglichkeit bieten, Wünsche und Beschwerden der Arbeiter auch gegen die Staatsbehörden geltend zu machen. Dadurch könnten mögliche Ereignisse sicher vermieden werden, wie wir sie bei Arbeitslosen-Versammlungen erlebt haben. Die Gewerksvereine genügen hier nicht, ihr Geschäftskreis ist auch ohnedies unangenehm genug. Deshalb halten wir neben ihnen die Errichtung von Arbeiterkammern für wünschenswert. Wir haben schon früher einen Antrag auf Einführung von Arbeiterausschüssen eingebracht, derselbe scheiterte aber vornehmlich an der ablehnenden Haltung der socialdemokratischen Partei. Wir sind es ja gewöhnt, daß diese Partei sich Maßnahmen widersetzt, die das wirkliche Wohl der Arbeiter verfolgen. Sie wollen nur Arbeitervertretungen, die ihre Parteizwecke verfolgen. Sie vergessen aber, daß die Masse der deutschen Arbeiter nicht Socialdemokraten sind. Aber durch Steigerung der Unzufriedenheit kann man sie leicht zu Socialdemokraten machen. Deshalb suchen diese die Kluft zwischen Arbeitern und Arbeitgebern eher zu erweitern als zu überbrücken. Wir erstreben das Gegentheil; das aber ist nur zu erreichen, wenn auch die Arbeitgeber der Arbeitern Vertrauen entgegenbringen und sie als gleichberechtigt anerkennen. Man muß ihre berechtigten Wünsche erfüllen und ihnen Gelegenheiten geben, sie in friedlicher Weise zur Geltung zu bringen. Dazu sollen die Arbeiterkammern die Handhabe bieten.

Reichskanzler Fürst Hohenlohe (auf der Tribüne sehr schwer verständlich): Die von dem Interpellanten angelegte Frage, betreffend die Ausführungen der kaiserlichen Erlasse, beschäftigt fortwährend die preussische Regierung.

Generell hat der Bundesrath aber noch nicht dazu Stellung genommen, in welcher Richtung die Lösung erfolgen soll. Eine Beantwortung der Frage, ob baldigst eine Vorlage im Sinne der zweiten Frage erwartet werden dürfte, ist zur Zeit nicht möglich, weil die Vorarbeiten zu einem faßbaren Resultat bisher noch nicht geführt haben.

Auf Antrag des Abg. Dr. Lieber findet eine Besprechung der Interpellation statt.

Abg. Moeller (natl.): Die Interpellanten wünschen eine Fortführung der socialpolitischen Gesetzgebung. Ich würde nicht principiell gegen eine solche sein, aber es giebt doch Stimmen, auch unter meinen Freunden, die sich dahin äußern, daß wir auf dem Gebiete bereits etwas zu weit gegangen seien und mindestens erst längere Jahre Erfahrungen sammeln müßten. Auch die Nothwendigkeit einer festeren, gesetzlich anerkannten Arbeiter-Organisation wird keineswegs allgemein anerkannt. Man hat eben die Erfahrung gemacht, daß die Organisationen nur dazu benützt werden, um Parteinteressen zu verfolgen. Führen sie eine solche ein, so würde die Socialdemokratie sofort bestrebt sein, dieselbe in die Hand zu bekommen. Was sollte aber z. B. ein Arbeitsnachweis nützen, der in den Händen einer politischen Partei wäre? Er würde diese Partei zur Herrschaft bringen, zur Tyrannisierung der Arbeitgeber. Andererseits vermag ich aber nicht einzusehen, weshalb wir ein Specialgesetz machen sollen, um den Berufsvereinen die Corporationsrechte zu gewähren, während doch der Entwurf zu dem bürgerlichen Gesetzbuche Bestimmungen enthält, welche solchen Vereinen die Erwerbung jener Rechte ganz wesentlich erleichtern. Eine einseitige Vertretung der Arbeiter-Interessen würde meines Erachtens nur dazu beitragen, diese und die Interessen der Arbeitgeber auseinander zu reißen. Beider Interessen gehören unbedingt zusammen oder müssen nebeneinander hergehen. Eine einseitige Arbeitervertretung führt unbedingt früher oder später zu einem politischen Terrorismus. Von der politischen Partei wird jede Organisation als Kampfmittel benützt, als Mittel zur Vermehrung der Macht. Die Situation der Arbeitgeber wird dadurch nur immer schwieriger und bedenken Sie, daß schon heute uns die Concurrenz mit der außercontinentalen Industrie sehr erschwert worden ist. Unsere Industrie hat sich eben ungeheure Lasten aufgebürdet, um die Lage ihrer Arbeiter zu verbessern. Das vielbesprochene Stück „Die Weber“ kann hier sehr lehrreich wirken. Man kann daraus sehen, wie sehr sich die Verhältnisse bei uns gebessert haben, denn so schauerhafte Zustände, wie sie uns in jenem Stücke aus dem Eulengebirge vorgeführt werden, haben damals nicht bloß dort, sondern in vielen Gegenden Deutschlands geherrscht, beispielsweise in meiner engeren Heimath Sachsen. Damals verfolgte man bei den Agitationen nur wirtschaftliche Zwecke, heute aber politische. Deshalb seher meine Freunde kein Heil in der Schaffung gesetzlich anerkannter Berufsvereine. Ihr Wirken würde nur dazu führen, daß unserer Industrie der Wettbewerb immer mehr erschwert wird. Wir können nicht gut mehr vorwärts auf dem Wege der socialpolitischen Gesetzgebung, ehe nicht die anderen Nationen uns gefolgt sind. Eine wirksame Vertretung ihrer Interessen besitzen übrigens die Arbeiter bereits in der Verwaltung der Versicherungsanstalten und in den Gewerbegerichten. Eine weitergehende Organisation könnte nur dann gedeihlich wirken, wenn sie gemeinsam von Arbeitgebern und Arbeitern geleitet würden. Ich bitte Sie also die Industrie mit den Einrichtungen zu verschonen, welche die Interpellanten anstreben. Die Industrie wird, wie bisher, so auch weiterhin selbst für die Besserung der Lage ihrer Arbeiter Sorge zu tragen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Fischer (Soc.) Als ich den Wortlaut der Interpellation zu Gesicht bekam, da frug ich mich, warum denn aus dem großen Erlasse vom 4. Februar 1890 nur ein kleiner Bruchtheil, ein im Verhältnis zum Ganzen gänzlich unbedeutender Absatz herausgerissen sei, da doch in den kaiserlichen Erlassen vor 5 Jahren viel wichtigere Punkte zur Regelung in Aussicht genommen sind, an denen die Arbeiter viel mehr interessiert sind, als an der Schaffung von Arbeitsämtern, als an der gesetzlichen Festlegung der Berufsvereine. Eine meiner Auffassung nach viel wichtigere Verbesserung sind in der kaiserlichen Botchaft in Bezug auf die Regelung der Arbeitszeit und die gesetzliche Gleichberechtigung gemacht worden. Gerade heute, wo wir vor der Umsturzvorlage stehen, wäre es interessant, auf die Wahrung der gesetzlichen Gleichberechtigung ganz besonders hinzuweisen. Ich begreife ja, daß die Socialpolitiker des Centrums, schließlich nach 5 Jahren zur Fragestellung gekommen sind, ob jetzt nach 5 Jahren nicht endlich einmal etwas geschehen solle. Wäre nur etwas guter Wille bei der Regierung vorhanden, es hätten wirklich die Grundsätze der kaiserlichen Botchaft in die Praxis übersetzt werden können. Nach der heutigen Erklärung des Herrn Reichskanzlers glaube ich, wird Niemand im Hause sein, der nach der Richtung hin weitgehende Erwartungen hegen kann. (Sehr richtig bei den Socialdemokraten.) Ich weiß nicht, ob der Gedanke richtig ist, daß das Centrum zur Stellung dieser Interpellation eigentlich gezwungen worden ist durch seine Stellungnahme zur Umsturzvorlage. (Hört, hört, bei den Socialdemokraten.) Man sagt, das Centrum sei in Rücksicht auf seine Wählerchaft in Arbeiterkreisen gezwungen gewesen, den Umfall in der Umsturzcommission damit aus den Augen zu rücken, indem sie das sociale Programm in den Vordergrund schiebt. Das hat auch viel für sich, denn die Umsturzvorlage richtet sich ja gegen die Arbeiterbewegung, gegen die Klassenbewegung und den Klassenkampf. Thatsächlich bedeutet ja die Umsturzvorlage nichts anderes als die Unterwerfung des neuen Bundes unter die Ausbeuterinteressen des Großcapitals. (Sehr richtig bei den Socialdemokraten.) Das wissen eben auch die katholischen Arbeiter und sie lassen sich darüber nicht täuschen, daß nur die Arbeiter getroffen werden sollen in ihrer Gesamtheit. Die Interessen der katholischen Arbeiter in Bezug auf Lohnverhöhung, Verbesserung der Arbeitsbedingungen, der Befürzung der Arbeitszeit fallen mit denen der socialdemokratischen Arbeiter zusammen. Dagegen

auch die Erscheinung, daß in allen rein wirtschaftlichen Kämpfen sich der politische Parteibegriff in der katholischen Arbeiterwelt vermischt. Doch sei dem wie ihm wolle, lag die Interpellation Absichten haben, wie sie wolle, ich stehe immer noch vor der Frage, warum diese Kleinigkeit herausgerissen? und nicht die weitergehenden Forderungen. Auch das Centrum hat schon längst die Forderung des Normalarbeitstages aufgestellt, auch die Ausdehnung der Versicherung hat Herr Hitze bei der Nothstandsverhandlung im Jahre 1893 gefordert, wie auch die Festlegung und Garantie der Coalitionsfreiheit. Das sind doch so bescheidene Forderungen, daß ich nicht begreife, wie man sie zurückstellen kann, wenn man überhaupt die Frage der Arbeiterschutzgesetzgebung anscheibet. Die Haltung des Centrums steht ja auch eigentlich im Widerspruch mit der Art, wie Herr Hitze die Interpellation begründet hat, denn die scharfe Kritik über die Unzulänglichkeit der jetzigen Arbeiterschutzgesetzgebung konnte ohne wesentliche Abänderung auch von einem Socialdemokraten nicht anders gehalten werden. Sie war einfach die Bestätigung unserer Behauptungen, daß die jetzige Arbeiterschutzgesetzgebung auch den bescheidensten Ansprüchen der Arbeiterklasse nicht genügen könne. Ja, meine Herren vom Centrum, was haben Sie da noch den katholischen Arbeitern zu bieten? Die christliche Caritas, von der Herr Gröber sprach, ist doch in Bezug auf die socialen Kämpfe der Gegenwart gänzlich bedeutungslos. (Sehr richtig bei den Socialdemokraten.) Ja, überhaupt das Christenthum ist als solches zur Lösung der socialen Frage nicht im Stande. Das beweist, vom ehemaligen Kirchenstaat ganz abgesehen, wo Massenelend und Massenunwissenheit zu den berückeltesten Staatseigenthümlichkeiten gehörten, das Land, wo der Katholicismus und die ultramontane Partei seit Jahren die Regierung in Händen haben, das Land Belgien. Gerade in Bezug auf Arbeiterverhältnisse ist dieses Land am weitesten zurück. (Sehr richtig bei den Socialdemokraten.) Wir unterstützen die Forderungen des Centrums, geben uns aber bezüglich ihrer Wirksamkeit innerhalb des heutigen Klassenstaates keinen Illusionen hin, denn das deutsche Unternehmertum ist eine Gegnerin der Berufsvertretung und muß es seiner Klasseninteressen wegen auch sein und unsere Regierung ist ja auch die Schwärmerin der Unternehmerinteressen, wie wiederholt vom Regierungssitze aus zugestanden worden ist. Es giebt ein viel besseres Mittel, alle diese Dinge zu erreichen, als hier die Discussionen: Geben Sie den Arbeitern volle Coalitionsfreiheit, dann verzichtet die Arbeiterpartei auf allen socialreformerischen Krimschramm, von dem Sie so viel Wesens machen. Der Interpellant hat die Ausdehnung des Unterstützungsstellenwesens für wünschenswert erklärt. Gewiß, aber in Sachsen bereitet man diesen Bestrebungen die denkbar größten Schwierigkeiten und denken Sie an die Buchdruckerkasse. Während des Socialistengesetzes wurde die Kasse lahm gelegt durch Prozesse, die Herr von Puttkamer gegen sie anstrengte und während eines Streikes kam die Polizei und belegte die von Arbeitern angesammelten Gelder mit Beschlagnahme. Wir sollen vor den Arbeiterausschüssen fürchten haben? Nein, wir würden sie sogar gern schaffen helfen, wenn wir die Garantie haben, daß sie ihre Aufgabe erfüllen können. Was wollen Sie mit Arbeiterausschüssen, die in das Belieben der Fabrikanten gestellt sind? Was sollen Arbeiterausschüsse wie die des Herrn von Stumm? Was sollen die Arbeiterausschüsse machen, wenn sie einfach nicht angehört werden? Eine Firma Wörlmann u. Ebers in Düsseldorf hat einen Arbeiter schon deshalb entlassen, weil er auf Aufforderung des Herrn von Berlepsch nach Berlin zu der Commission gekommen ist, die berufen war zur Begutachtung der Ausnahmebestimmungen für die Sonntagsruhe. Wenn Sie Arbeiterausschüsse nach Schweizer Muster einführen wollen, so sind wir bereit mitzutun. Nur fürchte ich, wir werden dazu nicht kommen in Deutschland, es ist ja ganz ausgeschlossen, daß wie in der Schweiz in den Staatsperfektur Arbeiterausschüsse etwas zu sagen haben. Man ist wieder abgenommen von der Fürsorge für die Arbeiter, vor fünf Jahren glaubte man noch damit den Socialdemokraten den Wind aus dem Segeln nehmen zu können. Jetzt heißt es „Bollwampf zurück“. Das sociale Königthum hat capitulirt vor dem capitalistischen Königthum. Redner geht auf die Verhandlung des Arbeiters in den eigenen Betrieben, staalichen und privaten, näher ein. In der Staatsbahnverwaltung sind unter dem neuen Minister zahlreiche Arbeiter entlassen worden und zwar gerade alte Arbeiter. Am Bus- und Bettage ist ferner selbst im königlichen Schlosse gearbeitet worden. Was will man da von den Privatunternehmern verlangen? Herr Möller sagt, wir müßten warten, bis das Ausland uns nachgefolgt ist. Ja, weiß er denn nicht, daß England bereits den Achtstundentag hat, also seiner Industrie noch erheblichere Lasten aufgebürdet hat, als wir. Sollen wir darauf warten, daß Japan und Indien uns folgen? Herr Möller befürchtet, die Arbeiterkammern würden zu Parteiterrorismus führen. Er hat zu einem solchen Vorwurf nicht das geringste Recht, denn seine Wahl verdankt er ja nur dem schamlosesten Parteiterrorismus. (Sehr richtig, links.) Redner führt alsdann eine große Anzahl Borkommnisse ins Feld, namentlich aus dem Bereiche der Postverwaltung, die mit den Grundsätzen der Socialpolitik nicht in Einklang zu bringen seien. Die Vera der Socialpolitik, schließt Redner, ist eben verlassen, wir sind zu dem System Puttkamer zurückgekehrt. Wir müssen das bedauern, können es andererseits aber nur mit Freude begrüßen. Denn auch dem Widdesten muß nun der Charakter unseres Klassenstaates klar werden. (Lebhafter Beifall bei den Socialdemokraten.)

Handelsminister von Berlepsch bestritt die Behauptung Fischers, daß im Saarrevier aus localen Interessen Hunderte von Arbeitern rührt worden sind. Die Ausländer vor damals waren der socialdemokratischen Beschäftigung erlegen. (Lachen links.) Das sei zum Theil thatsächlich geschehen. Die Arbeiter seien eben gezwungen, die Agitatoren unbedingt Folge zu leisten. Demgegenüber müßte die Regierung ihre Maßnahmen treffen. Er hat nicht mitzudenken, daß alles, was sie für ihre Arbeiter thun, social-

demokratischen Agitatoren vergiftet wird. So ist es gekommen, daß manche Institutionen vergrößert worden sind. Die Staatsregierung hat sich nicht in den Dienst der Arbeitgeber gestellt, sie mußte, bevor sie eine Arbeitervertretung schuf, in die Erwägung eintreten, daß eine solche nicht etwa dazu beitragen möchte, den Einfluß der Socialdemokratie zu stärken.

Abg. v. Kardorff: Nach dieser Erklärung des preussischen Handelsministers bin ich einigermaßen darüber beruhigt, daß wir in Bälde mit Einrichtungen im Sinne des Interpellanten beglückt werden möchten. Der Vorwurf des Herrn Fischer, das sociale Königthum habe vor dem Capitalismus capitulirt, muß ich zurückweisen. Das sociale Königthum hat die Interessen Aller wahrzunehmen, die der Arbeiter ebenso wie der Capitalisten. Meines Erachtens kann sich die Regierung den Dank aller Wohlgesinnten nur dadurch erwerben, daß sie auf die Anregungen der Interpellation nicht eingeht. Wir würden dadurch einfach eine Organisation der Socialdemokratie schaffen, durch deren Hilfe sie schnell die Herrschaft gewinnt. Ein Bedürfnis zu solchen Organisationen liegt nicht einmal vor, dagegen die Gefahr, daß dadurch die Streiks nur immer gewaltiger und verhängender werden. Herr Moeller hat ganz recht, wir können auf dem Wege der Socialpolitik nicht eher weiter gehen, als bis eine internationale Regelung erfolgt ist. Unsere Industrie bleibt sonst nicht concurrenzfähig. Schon heute kann unsere schlesische Kohle mit der englischen den Wettbewerb nicht aushalten, weil auf unserer Industrie die großen socialpolitischen Lasten liegen, die andere Länder nicht kennen. Ich würde zu den socialpolitischen Gesetzen auch niemals meine Zustimmung gegeben haben, hätte ich voraussetzen können, daß das Socialistengesetz in Wegfall kommen würde. Dieses mußte als Gegengewicht bestehen bleiben. Die socialdemokratische Partei ist schon so hart organisiert, daß wir es unbedingt vermeiden müssen, die Organisation noch zu stärken. (Beifall rechts).

Darauf wird die Weiterberathung auf Donnerstag 1 Uhr vertagt.
Schluß 5 Uhr 15 Minuten.

Die Reichstags-Commission zur Berathung der Umjurisvorlage hat heute Vormittag um 10 Uhr unter Vorsitz des Abg. Böttcher (natl.) zu einer weiteren Sitzung zusammen.

Zur Verhandlung steht der § 112 der Umjurisvorlage (Berichtigung der Soldaten).

Vor Eintritt in die Tagesordnung theilt der Vorsitzende mit, daß Generalleutnant von Spitz eine geheim zu haltende Erklärung zu Protokoll gegeben habe. Mehrfach geäußerten Wünschen entsprechend, soll sie den Mitgliedern gedruckt zugestellt werden.

Abg. Penzmann (freij. Sp.) erörtert Bericht über die zur Vorlage eingegangenen Petitionen.

Ein großer Theil der Petitionen wendet sich gegen jede Umjurisgesetzgebung, ein anderer Theil fordert Revision des Straf- und Strafvollst., sowie Verhütung des Suicids, andere, so der Bund der Landwirthe, verlangen, daß Vergehen gegen die Religion u. mit Gefährdung der Wasser- und Brückensicherheit werden. Die Commission erachtet alle Petitionen durch die gestrigen und noch zu leistenden Beschlüsse für erledigt.

Man tritt nun in die eigentliche Tagesordnung ein.

Abg. Frohme (Soz.) kritisiert die Abänderung des Generalleutenants von Spitz betr. die gegenwärtigen Bestimmungen der Arbeiter zur Führung ihrer Lage. Wer diese Bestimmungen als berechtigt anerkennt, der muß auch die denselben vom Gesetz gebotenen Mittel als zulässig erachten; zu diesen Mitteln gehören in erster Linie die Arbeitercooperation und der Streik. So lange das Socialistengesetz der Arbeiter besteht, haben die öffentlichen Gerichte, auch die Militärbehörden, gegen deren Ausübung Stellung genommen. Man habe an Stelle streikender Arbeiter, die ihre Lage verbessern wollten, Soldaten eingewechselt und auf diese Weise den Arbeitern einen Erfolg unmöglich gemacht. Militärbehörden haben ferner solche Unternehmen, die communikal zu Leistungen verpflichtet waren, von diesen Verpflichtungen gänzlich entbunden, um sie in den Stand zu setzen, die streikenden Arbeiter niederzumerden. In officieller Weise ist es die Arbeitercooperation und der Streik als gemeingefährlich und dem Umjuris dienend, bezeichnet worden. Neben einander an das bekannte Wort Bismarcks: „Unter jedem Straflaurei die Hohn der Revolution.“ Die Polizei und Justiz sei dieser Auffassung gefolgt; es gebe zahlreiche gerichtliche Urtheile, in denen geradezu ausgesprochen werde, daß die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen nur als Mittel der Socialdemokratie dienen, den Umjuris vorzubereiten. Es gebe viele Soldaten, die sich für moralisch verpflichtet halten, auch während ihrer Militärdienstzeit die Arbeiterorganisationen zu unterstützen, insbesondere wenn es sich um Streiks handle, ebenso gäbe es viele Arbeiter, die gelegentlich ihre Gemeinde in der Armee zur Erfüllung dieser Pflicht aufzurufen. Er halte § 112 Gesetzesentwurf, so würde eine solche Aufforderung ungesetzlich als strafbar gelten. Nebenher fordert den Generalleutnant von Spitz an, zu erklären, wie sich die Annullation dazu stelle.

Generalleutnant von Spitz erwidert, die berechtigten Bestimmungen seien so sehr mit den unabweisbarsten verbunden, daß es unmöglich sei sie generell aufzuheben. Da müsse von Fall zu Fall entschieden werden.

Abg. Rath Seidenhainzer wendet sich gegen eine Erklärung im heutigen „Vorwärts“ betr. die Aufhebung der Verbreitung der Broschüre: „Welche Lust Soldat zu sein“ durch den Socialdemokraten Görge. Redner hält seine früheren diesbezüglichen Angaben aufrecht.

Abg. Freiherr von Hammerstein (natl.) verurtheilt den Behel eine böswillige Erklärung darüber, ob die Socialdemokratie entschlossen sei, gewaltthätig umzukommen und ob sie danach trachte, zu diesem Zwecke das Volk zu verführen. In den Jahresberichten steht die Socialdemokratie einen Versuch dar. Es handle sich darum, wenigstens die Bevölkerung des platten Landes und der kleinen Städte vor dieser Gefahr zu schützen durch gründliche Aufklärung. Redner wünscht, daß der Zweck, welche die Socialdemokratie wolle, Gewalt entgegengezeigt werden.

Ohne § 112 sei die Vorlage für ihn und seine politischen Freunde unannehmbar.

Abg. Spahn (Centrum). Seine Besorgnisse gegen § 112 seien durch die Ausführungen, welche Herr von Spitz in voriger Sitzung gemacht, gemildert worden. Es sei in § 112 Rede von der „Staatsordnung“; aber was darunter zu verstehen sei, darüber fehle jede Definition; unmöglich sei es, dem Richter die Definition in jedem einzelnen Falle zu überlassen. Der Begriff müsse im Gesetz festgestellt werden. Redner kündigt einen Abänderungsantrag an, der die Begriffe besser präcisiren und die Absicht des Hochverraths festgestellt wissen will, ehe eine Bestrafung erfolgen kann.

Behel (Sociald.) verwahrt sich gegen die vom Generalauditeur Ittenbach in voriger Sitzung gemachte Behauptung: „er glaube wohl selbst nicht, was er gesagt habe.“ Er müsse sehr entschieden protestiren, daß eine so beleidigende Unterstellung einem Commissionsmitgliede gemacht werden könne. Was die erwähnte Broschüre „Welche Lust Soldat zu sein“ anlangt, so enthalte sie eine Zusammenstellung gräßlicher Auswärtigen von Unteroffizieren und Offizieren gegen Untergebene. Strafbares enthalte die Broschüre nichts und es sei vernünftiger Weise nicht einzusehen, weshalb ihre Verbreitung verhindert werden solle. Wie komme man denn dazu, die Angehörigen der Armee zu Staatsbürgern zweiter Klasse degradiren zu wollen? Auch der Staatsbürger im Waffendienst müsse das Recht und die Freiheit haben, zu lesen, was ihm beliebt, sich seine politische Auffassung zu holen, wo es ihm gutdünke. Behel ergänzt die Ausführungen Frohmes noch dahin, daß die Militärbehörden Unternehmen bei Ueberlassung von Arbeiten Vertragsverträge in denen diese sich verpflichten müssen, keine socialdemokratischen Arbeiter zu beschäftigen. Die Frage des Abg. von Hammerstein sei im höchsten Maße verwunderlich. Die Socialdemokratie habe unzählige Male, besonders auch im Reichstage erklärt, daß sie keine Gewalt wolle, aber gerade die Ordnungsvollzieher von der Mächtigkeit Hammerstein und Stamm haben es gerne, wenn die Socialdemokratie Gewalt zu greifen. Kürzlich sei in einer Gesellschaft vornehmer Leute aus dem Munde eines Offiziers der Ausdruck gefallen: „Wenn die Kerle nur losgeschlagen würden, da würden wir waten im Blut.“ Die Entwicklung hänge nicht von der Socialdemokratie ab, diese sei vielmehr das Product der Entwicklung. Die Conferenzen gäben die Unhaltbarkeit der bestehenden Zustände ja selbst zu und behaupten, daß es insofern ihre Aufgabe sei, den Mittelstand vor dem Verderben zu retten. Es sei doch wahrhaftig nicht die Socialdemokratie, die die Zerstückung und den Zusammenbruch herbeiführe. Die herrschenden Kreise seien völlig unfähig, das auszuführen, was sie selbst als notwendig zur Erhaltung der Gesellschaft erachte. Die Idee der Socialdemokratie mache übrigens in allen Kreisen ruhende Fortschritte. Das sei die selbstverständliche Folge der Entwicklung unserer Zeit.

Generalleutnant Ittenbach tritt für die Fassung des § 112 der Regierungsvorlage ein gegenüber dem angelegentlichem Antrag des Centrum.

Minister von Koller ist durch Behels Rede erwidert überzogen worden, daß die Verträge unter allen Umständen notwendig sind. Diejenigen, die nach unten kommen, können nur weniger Ueberzeugung haben wie wir. Die Behauptung Behels, die herrschenden Kreise selbst seien es, die den Umjuris befürworten, ist unhaltbar.

Generalleutnant von Spitz glaubt ausdrücklich zu erklären, daß die internationale Socialdemokratie keine Revolution und Socialkriege ferne.

Abg. Gumboldt (natl.) vertheidigt die Broschüre während Behels Ausführungen mit auf's Heftigsten. Die Definition des Begriffs „Staatsordnung“ müsse man der Verfassung entnehmen. Ueberhaupt müsse das Gesetz in irgendeiner Weise, daß es verstanden werden kann, damit zu arbeiten vermöge.

Abg. Penzmann (freij. Sp.) Man habe allerdings vor der Fassung des Gesetzes eine Revolution und werde in verhältnißmäßig kurzer Zeit mit einer solchen zu rechnen haben. Es müßte auf Mittel geachtet werden, dieselbe zu verhindern oder möglichst lange hinauszuschieben. Dazu diene § 112 der Regierungsvorlage nicht. Es ist notwendig, die Verhältnisse vom Standpunkte der allgemeinen Menschlichkeit zu betrachten und dem Umjuris entgegen zu begegnen. Die Herren auf der Rechten hätten kein Recht, es als die Vorlesung der Arbeiter anzusehen. Die Socialdemokratie aber müge es als ungelegen für sich haben, die Arbeiter für sich zu haben. Es ist nicht die Erklärung der Regierungsvorlage, sondern die § 112, die einzig und allein gegen die Socialdemokratie zulässig. Umjuris und Socialdemokratie werden als identische Begriffe angesehen. Das Centrum könne mit seinem angelegentlichem Antrag lediglich die § 112 hängen zu wollen, unbestimmt darum, was gegen die Socialdemokratie geschehe. Wenn die Socialdemokratie zu ihrem Rechte, so habe die Gesetzgebung die Pflicht, es zu hindern. Wenn die Regierung endlich sein wolle, müße sie das Wort „Socialdemokratie“ in das Gesetz hineinschreiben. Handle es sich um die Aufrechterhaltung der Disziplin in der Armee, so müge man diese Absicht auch klar, ungeschwätigen Ausdruck im Gesetz geben, nicht aber mit dem unheimlichen Ausdruck „Umjuris“ und „Staatsordnung“ kommen. Letzteres genüge dafür ein Generalverbot für die Armee betreffend die Verbreitung von Broschüren.

Minister v. Koller geht in längeren Ausführungen die Erklärung ab, daß man dem Reichstage versprochen, das Wort „Socialdemokratie“ in das Gesetz aufzunehmen, wohl näher treten können. Versprochen habe ihm damit ganz aus der Seele gesprochen.

Abg. Holz (natl.) § 112 ist der wichtigste der ganzen Vorlage. Ohne denselben, wenn auch in entsprechend anderer Fassung, ist für ihn und seine politischen Freunde die ganze Vorlage unannehmbar.

Darauf wird die Weiterberathung auf Freitag Vormittag um 10 Uhr vertagt.

Locales.

Breslau, den 7. Februar 1895.

Die Finanzreform in der Stadt Breslau.

II.

Während über die Frage der indirecten Besteuerung nur wenig gesprochen wurde, und für die vollständige Beseitigung der Schlachtsteuer Niemand, für ihre Verringerung blos ein kleiner Bruchtheil der Stadtverordneten eintrat, lobte um die Frage der städtischen Gebühren ein wilder Kampf, der schon die Generaldebatte über den Finanzplan Stundenlang beherrschte, sich durch mehrere Sitzungen in der Specialdebatte hinzog und schließlich auch Dank der Unermüdsamkeit der Streiter theilweise mit einem Siege der Hauswirthspartei endete.

Aber was standen da auch für Interessen auf dem Spiel! Es handelte sich ja nicht um das Bischen Volksernährung und Volksgesundheit, sondern um den heiligen Geldsack, zu dessen Rettung seine getreuen Diener in hüllen Haufen herbeisickerten.

Nach dem Communal-Abgabengesetz darf die Stadt in erster Reihe aus ihrem Grundbesitz und den von ihr betriebenen Gewerben einen Gewinn heraus schlagen, in zweiter Reihe sollen für die im öffentlichen Interesse unterhaltenen Veranlassungen Gebühren erhoben werden, die aber nicht die Unterhaltungskosten der Anlagen übersteigen dürfen. Der Magistrat meinte nun, daß aus den Kammereigütern und den gewerblichen Betrieben, wie Gas und Wasserwerken, Electricitätswerk, städtische Bank, schon jetzt das Mögliche herausgewirkt werde, daß aber für die Benutzung der Canalisation, die bisher ganz unentgeltlich gewährt worden sei, künftig eine Gebühr bezahlt werden müsse. Schon im vorigen Jahre hatte der Magistrat den Versuch gemacht, die Canalisationsgebühr in Form einer Closetsteuer zu erheben. Anfänglich sollte die Steuer theils den Hausbesitzern, theils den Miethern aufgelegt werden; dies wurde abgelehnt und der Magistrat beantragte darauf, nur die Mieter zur Closetsteuer heranzuziehen. Gegen diesen Vorschlag kam eine kleine Mehrheit zu Stande. Jetzt ist der Magistrat endlich inne geworden, daß die Hausbesitzer den Hauptvortheil von der Canalisation haben, deshalb verlangte er, daß sie drei Viertel der Unterhaltungskosten tragen, das letzte Viertel sollte auf die Allgemeinheit übernommen, d. h. von allen Steuerzahlern aufgebracht werden. Ganzlich die Canalisationsgebühr abzuschütteln, wie es den Heizpopen im Grundbesitzverein vorschwebte, war diesmal nach dem Gesetz kaum denkbar, — man verlegte sich daher auf's Handeln und suchte soviel wie möglich von der Gebühr abzuwaschen. Außerdem fragte man sich, ob man nicht irgend wo anders zum Besten des nothleidenden Hauswirths etwas holen könnte. In Breslau ist das sogenannte „Wassergeld“, d. h. der Beitrag für Entnahme von Wasser aus den städtischen Werken, so billig wie nur irgend in der ganzen Welt, aber da die dicht bevölkerte Stadt in einer Ebene liegt und von einem wasserreichen Strom durchschnitten wird, stellt sich die Erzeugung des Wassers hier sehr billig, sodaß ganz mühelos jährlich von der Stadt ein Gewinn von 200,000 Mark daraus gezogen wird.

Auf diese 200,000 Mk. lief nun die gesammte Hausbesitzer-Fraction in der Stadtverordneten-Versammlung Sturm. Sie beantragten einen Beschluß, daß das Wasserwerk in der Finanzverwaltung nicht zu den Gewerbetrieben gehöre, damit es nur gesteuert sei, die Wassergebühr höchstens im Betrage der Erzeugungskosten zu erheben. Der Ueberschuß würde dann den Grundbesitzern zufallen.

Vom Magistratsstische wurde hauptsächlich erwidert, daß die Lieferung des Wassers jedenfalls einen gewerblichen Charakter trage. Es sei Niemand verpflichtet, der Stadt Wasser abzukaufen; wem das städtische Wasser zu theuer sei, der könne ja „an der Pumpe“ das Wasser umsonst haben. Diesen Wink vermögen unsere Vermithler gütlicher Weise nicht zu befolgen, da durch die Schwemmcanalisation gezwungen sind, die Wasserleitung in ihre Häuser zu führen. Viele suchen ja ohnehin die Mieter möglichst im Gebrauch des Wassers zu beschränken.

Der Sturm auf das Wassergeld verlief fruchtlos, dagegen wurde die von den Besitzern zu zahlende Canalisationsgebühr auf die Hälfte der Unterhaltungskosten herabgesetzt, und damit in den Finanzplan ein Loth im Werthe von 165,000 Mk. geriffen, das die Steuerzahler zustoßen sollen.

[Zur Einführung der Reformschule. Der Schulausschuß der Stadtverordneten-Versammlung hielt am Dienstag, den 5. d. Mts. eine Sitzung ab, in

welcher er sich besonders mit der Frage der Einführung der Reformschule in Breslau beschäftigte. Er beschloß, (der „Bresl. Ztg.“ zufolge) der Stadtverordneten-Versammlung, in der Voraussetzung, daß der Staat im neuen Friedrichs-Gymnasium eine Reformschule errichten wird, zu empfehlen, die Umwandlung des Realgymnasiums zum heiligen Geist in eine Reformschule von Oestern d. J. ab zu beschließen. In derselben Sitzung sprach sich der Schulausschuß dafür aus, daß in der Schuldeputation immer nur ein Schulinspektor, und zwar in der Abstimmung über sein Ressort betreffende Angelegenheiten, stimmberichtig sein solle.

[Die Gemeindevertretung von Kleinburg] hat nach der „Schles. Ztg.“ in ihrer letzten Sitzung beschlossen, den Magistrat von Breslau zu ersuchen, derselbe möchte noch in diesem Frühjahr mit der Herstellung der Gas- und Wasserleitung für Kleinburg vorgehen, auch der Gemeinde Kleinburg die Möglichkeit eröffnen, alsbald an die städtische Canalisation Anschluß zu nehmen. Zu diesem Zwecke möchte der Magistrat der Gemeindevertretung von Kleinburg diejenigen Punkte bezeichnen, an welchen der Canalisationsanschluß sich werde bewirken lassen. — Eine große Beiseidenheit hat man den Kleinburgern noch nie nachrühmen können; sie haben verziehen sie ... ausgezeichnet.

[Stadt-Theater.] Heute, Donnerstag, geht Gounod's große Oper „Margarethe“ in Scene. — Morgen, Freitag, findet die bereits angekündigte Vorstellung zu Gunsten der Hinterbliebenen des auf der „Elbe“ verunglückten Oberregisseur Adolf Baumann statt. Zum Schluß gelangt H. Baumanns Alpen-scene „Das Versprechen hinterm Heid“ mit Fr. Grunert als Nandl zur Aufführung. Ueberzahlungen werden an der Kasse dankend quittirt.

[Lobe-Theater.] Die heutige Aufführung von „Zum wohlthätigen Zweck“, die letzte dieses lustigen Schwanks, findet, wie bereits gemeldet, zum Besten der Hinterbliebenen der durch den Untergang der „Elbe“ Verunglückten statt. — Heute, Donnerstag, beginnt der Willet-Vorverkauf zu der am Sonnabend stattfindenden Premiere von Heinrich Lees neuestem Stück „Der Schlagbaum“, welche gleichzeitig das Benefiz Albert Patrys bildet.

[Brand eines Treibhauses.] In der Nacht vom 5. zum 6. d. Mts. gegen 12 Uhr 30 Minuten wurde der Feuerwache Nr. 4 mündlich gemeldet, daß kleine Fürstenstraße Nr. 43 das Treibhaus brenne. Bei der Ankunft der Feuerwehr brannte im Treibhaus Stroh, Laub und ein kleiner Theil des Glasdaches. Durch den Angriff mit einer Spitze wurde das Feuer schnell gelöscht. Die Entstehung konnte mit Bestimmtheit nicht festgestellt werden; vermuthlich ist die Thür der Feuerung in Folge starken Heizens glühend geworden, und dadurch haben sich das in der Nähe lagernde Stroh und Laub entzündet.

[Geprellt.] Eine Verkäuferin in einem Geschäft an der Friedrich-Wilhelmstraße wurde dieser Tage von einem jungen Manne, der ihr einen mit gefälschter Unterschrift versehenen Zettel vorwies, um 6.23 Mark geprellt. Es ist dies in kurzer Zeit der dritte Betrugsfall dieser Art, der zur Kenntniß der Behörde gelangt ist. Vor dem Betrüger, der wohl noch anderwärts erscheinen dürfte, wird gewarnt.

[Obdachlos umherirrend] wurde in der Nacht zum 6. d. Mts. auf der Sadowstraße ein zehn Jahr altes Mädchen angetroffen und dem Armenhause zugeführt.

[Einen Armbruch] erlitt ein alter Mann, der gestern auf der Uferstraße zu Boden stürzte. Dem Verunglückten legten zunächst Mitglieder der Sanitätsabtheilung der Feuerwehr Verbände an, dann wurde er nach der chirurgischen Klinik in der Thiergartenstraße gebracht. — Am 5. d. Mts., Nachmittags, stürzte auf dem Ritterplatz ein Ladierer in Folge von Krämpfen zu Boden und zog sich dabei eine klaffende Kopfwunde zu. Der Mann wurde im Krankenwagen dem Allerheiligen-Hospital zugeführt.

[Polizeiliche Nachrichten.] Verhaftet wurden am 5. d. Mts. 79 Personen. — Gestohlen: einem Arbeiter auf der Posenstraße ein Hemd, zwei Schürzen und sechs Taschentücher. — Abhanden gekommen: drei Portemonnaies mit 8 bezw. 24 und 25 M., eine Herrenuhr Nr. 5360, gez. „F. P.“ und eine silberne Remontoiruhr. — Gefunden: 2 Taschentücher, ein Fünfmarschein, eine Brille, eine Rückfahrkarte Berlin-Breslau, eine Ledertasche und ein Umschlagetuch.

Socialdemokratischer Verein für Breslau und Umgegend. In der am 3. d. Mts. im kleinen Saale des „Deutschen Kronprinzen“ abgehaltenen ordentlichen General-Versammlung referirte Genosse Zahn über das Thema: „Das communistische Manifest.“ In seinen einleitenden Worten wies der Redner auf die große Bedeutung des communistischen Manifestes hin, die leider von den Arbeitern noch viel zu wenig gewürdigt würde, woraus sich erklärt, daß es seit seinem Erscheinen im Jahre 1847 erst die 6. Auflage erfahren hat. Trefflich verstand es der Vortragende, den Anwesenden den Zweck der socialdemokratischen Vereine vorzuführen, indem er darauf hinwies, daß dieselben berufen sind, die Offiziere für den Klassenkampf heranzubilden. Dies sollten die Mitglieder beherzigen und Einblick in das communistische Manifest zu gewinnen suchen. Zum Thema selbst übergehend, entwirft der Redner ein klares Bild von der Zeit und den Gründen, welche zur Verfassung des 1. Manifestes führte. Des Weiteren gab Redner den Gedankengang des Schriftstückes kurz wieder und besprach darauf die im letzten Theile desselben ausgedrückte Stellung der Communisten zu den verschiedenen oppositionellen Parteien. Der Beifall der Anwesenden zeigte, daß sie den Werth des Vortrages wohl zu würdigen verstanden. Hierauf erstattete der Cassirer den Kassenericht, aus welchem hervorging, daß der

Verein eine Einnahme von 1278.78 M. und eine Ausgabe von 1113.36 M. hatte, wonach ein Bestand von 164.42 M. verbleibt. Zu bemerken ist noch, daß im letzten Quartal 49 Mitglieder aufgenommen wurden. Bei der nun vorgenommenen Erziehung des ersten Vorsitzenden, wurde Genosse Szowonek gewählt, welcher den Verein auf dem eingeschlagenen Wege weiter zu führen verspricht. Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen wurde sodann ein Antrag des Vorstandes, daß sämtliche Unterstützungs-Bittgesuche an den Vorstand zu richten sind und bei abschlägigen Bescheide, Berufung an die Mitgliederversammlung zulässig ist, angenommen. Um dem Bildungsbedürfniß der Mitglieder mehr als bisher Rechnung zu tragen, wird der von Genosse Dr. Winter vorgelegten Resolution zugestimmt, welche besagt, daß alle Monate zwei Versammlungen stattfinden sollen. Ferner wurde eine Commission von fünf Mitgliedern gewählt, die sich mit der Umänderung des § 4 der Geschäftsordnung, Entschädigung für die Wühewaltung des Vorstandes, befassen soll. Als Revisoren wurden gewählt die Genossen Blankensfeld, Schwarzer und Kolodjzi. Nach Schluß der Versammlung hielt ein fröhliches Tanzkränzchen die Mitglieder mit ihren Frauen noch längere Zeit in heiterster Laune beisammen.

Schlesien.

Arbeiterentlassungen haben dem „Oberschlesischen Anzeiger“ zufolge auf verschiedenen Gruben stattgefunden. Auf Radzionkau-Grube bei Tarnowitz sind über 100 und auf Deutschlandgrube bei Schwientochowitz 200 Arbeiter entlassen. Die „Consol. Maria-Grube“ bei Mieschowitz, der Gräfin Schaffgotsch und den Tiefen-Windler'schen Erben gehörig, muß wegen „ungünstiger“ Lage des ober-schlesischen Zinkmarktes am 1. Juli den Betrieb einstellen. 600 Arbeiter werden hierdurch beschäftigungslos. — Die heutige „Ordnung“ fordert ihre Opfer. Hauptsächlich kommen die ober-schlesischen Bergarbeiter immer mehr zu der Einsicht, daß Oberschlesien, das Eldorado der Kohlenbarone, für sie nur eine Stätte rückwärtsloser Ausbeutung und schmachlichster Behandlung ist.

X. S. **Eleganz**, 7. Februar. Großfeuer. In der Nacht vom Montag zu Dienstag gegen 2 Uhr ging hier, wie bereits mitgeteilt, die Südlaserne, in welcher das Füsilier-Bataillon des hiesigen Regiments untergebracht ist, in Flammen auf. Das Feuer soll in der Kammer durch eintreffende Funken ausgebrochen sein; der Schaden ist bedeutend, da an eine Rettung der Ausbrennungsstücke, die in den Kammern lagerten, nicht zu denken war. Recht sonderbar scheint es, daß Niemand wußte, an welcher Stelle des Kasernenhofes die Hydranten der Wasserleitung liegen; die Feuerwehr konnte sie erst nach längerem Suchen finden und so mühtete das verheerende Element ungestört fort. Zum Glück gelang es später, das Feuer auf seinen Heerd zu beschränken. Hiesige wollen wissen, daß die eigentliche Entstehungsurache des Feuers krum zu ermitteln sein wird. Ein hiesiger Schuhmachermeister denuncirte einen seiner Kollegen, weil dieser an einem Sonntage zwischen 2 und 3 Uhr Nachmittags noch Schuhwerk verkauft haben soll. Gegen das polizeiliche Strafmandat wegen Uebertretung der Bestimmungen der Sonntagsruhe legte der Denuncirte Berufung ein. Vor dem Schöffengericht wurde festgestellt, daß der Verkauf der fraglichen Schuhwaaren schon vor 2 Uhr Nachmittags erledigt war und daß das weitere Verbleiben des Käufers im Laden nur aus Freundschaft geschah. Das Schöffengericht erkannte deshalb auf Freisprechung. — Die beiden Meister gehören der Innung an.

* **Signis**, 6. Februar. Ein musterhafter Bürgermeister. Die Innungsmeister einer kleinen schlesischen Stadt hatten sich über die Ungebühr ihrer Lehrlinge sehr zu beklagen. Sie beschloßen die Anwendung der Prügelstrafe gegen die Sünder und der Bürgermeister als Commissar der Innung beauftragte einen unteren Polizeibeamten mit der Aufgabe, die betreffenden jungen Leute in Gegenwart des Bürgermeisters, der Lehrherren und des Innungsvorstandes mit einem Rohrstoße durchzuprügeln. Die Geschichte hatte aber noch ein Nachspiel. Gegen den Bürgermeister und seinen Untergebenen wurde wegen Körperverletzung und Vergehen im Amte gerichtlich eingeschritten. Die Riegnitzer Strafkammer erkannte, wie die „Breslauer Zeitung“ mittheilt, gegen den hochprügelfreundlichen Bürgermeister auf 20 M. und gegen den Polizeibediener auf 6 M. Geldstrafe. Vom Staatsanwalt waren 100 resp. 25 Mark beantragt.

* **Matibor**, 6. Februar. Erfroren wurde am 2. d. Mts. der Einlieger Paul Friedrich vor dem Dorfe Gr.-Gorschütz hiesigen Kreises aufgefunden.

Oppeln, 5. Februar. Die Bürger der Oberstadt in Oppeln hatten an die Postbehörde eine Petition gerichtet, in dem von ihnen bewohnten Stadttheile eine Postfilialstelle einzurichten. Die Bitte war wohl motivirt worden und hatte die dringlichste Empfehlung seitens des Magistrats gefunden. Trotzdem wurde das Gesuch abgelehnt, und zwar unter folgender Begründung: Die Einrichtung neuer Postanstalten an Orten mit bereits vorhandenen Postanstalten führt fast ausnahmslos beträchtliche Ausgaben, dagegen keinerlei nennenswerthe Einnahmen herbei. Sollen derartige neue Anlagen nur dazu dienen, die Einlieferung der Postsendungen bequemer zu machen, z. B. durch Verkürzung der Wege zu der vorhandenen Postanstalt, so stehen Aufwand und Zweck nicht in richtigem Verhältnis. Es gilt deshalb als Grundsatz, daß an Orten, in denen eine Postanstalt bereits besteht, Zweiganstalten nur dann eingerichtet werden, wenn es sich um die Befriedigung eines entschiedenen Verkehrsbedürfnisses oder um Abstellung bereits hervorgetretener erheblicher Uebelstände handelt. — Diese Auffassung der Postbehörde vor ihren Pflichten dem Publikum gegenüber bringt sogar die „Schles. Ztg.“ ein wenig in Harnisch. Die hier zum Ausdruck gebrachten Grundsätze, schreibt sie, welche das Entgegenkommen der Postbehörde gegen das Publikum auf ein außerordentlich geringes Maß beschränken, werden nicht verzeihen, in den weitesten Kreisen Verwunderung zu erregen. Es wäre vielleicht recht zweckmäßig, wenn nicht die Postbehörde allein zu bestimmen hätte, ob ein Verkehrsbedürfniß als ein „entchiedenes“ zu erachten ist.

Aus den Nachbarprovinzen.

Posen. Die Parteigenossen von Posen und Umgegend werden ersucht, Vorkommnisse, resp. Ereignisse welche für die Partei oder die Gemeindefreunde von Interesse sind, dem Vertrauensmann, Culturtechniker Fischer, St. Lazarus, Kanalstraße 15, 3 Treppen mitzutheilen. Nach Prüfung des event. Materials wird der Vertrauensmann für Veröffentlichung in unserer Presse Sorge tragen. Der Vertrauensmann ist jeden Tag in seiner Wohnung, sowie Mittwoch und Sonnabend von 7 Uhr Abends ab bei Herrlich, St. Martin, Restaurant zur Locomotive, zu sprechen.

Gerichtliches.

Gewerbegericht. Eine für die gesammte Künstlerschaft der Varietés-Theater wichtige Entscheidung wurde in der Sitzung vom 31. d. M., die unter dem Vorsitz des Stadtraths Menzel abgehalten wurde, gefällt. Ein Caricatur-, Schnell- und Verfehrzeichner und electro-musikalischer Clown, Namens Haschke, war bei dem Varietés-Theater „Harmonie“, dessen Besitzer der Restaurateur Engel ist, für einen Monat und zwar vom 15. December 1894 bis 15. Januar 1895 gegen eine Gage von 300 M. engagirt. Am 15. December trat Haschke, nachdem am Vormittag eine Probe vorangegangen war, des Abends auf. Am folgenden Tage erhielt er jedoch schon seine Entlassung, wie wohl eine 14tägige Kündigungsfrist ausbedungen war. Der Artist klagt deshalb auf Zahlung eines 14tägigen Gehalts im Betrage von 140 M. Der Beklagte, der, wie unsere Leser wissen, schon öfters mit dem Gewerbegericht zu thun gehabt hat, hält die Klage für ganz unberechtigt und beantragt Abweisung. Der Vertrag, den Haschke unterschrieben habe, besage ausdrücklich, daß die angestellten Künstler die sofortige Entlassung zu gewärtigen haben, wenn ihre Leistungen gänzlich mißfallen, dazu komme noch, daß die Angestellten nach § 7 des Contracts sich den allgemeinen Bestimmungen der Geschäfts- und Hausordnung zu fügen haben, und diese Bestimmungen beziehen sich auch auf das Engagements-Verhältnis. Kläger habe gänzlich mißfallen und sei derselbe entlassen worden. Zum Beweise für diese Behauptung beruft sich der Beklagte auf den Kapellmeister Josef, Decorationsmaler Stamm, Kellner Stein, Theatermeister Fija, die alle bei ihm beschäftigt sind, sowie auch auf seine ältesten Stammgäste. Betriebssecretär Flegner, cand. med. Probstauer, die Kaufleute Weise, Cohn und andere. Diese Zeugen sagten denn auch übereinstimmend aus, daß die Productionen des Klägers mißfallen hätten und daß der geringe Beifall nur von Stammgästen hergerührt habe, die dem Artisten nur aus Anhänglichkeit an den Wirth applaudirt hätten. Sie hätten in der Zeit von Production schon viel Besseres gesehen. Herr Cohn hat auch nur die electrische Nase des Klägers imponirt, sonst aber gar nichts. Die Frage, ob die Herren Stammgäste mit geflächert hätten aus Rücksicht für ihren Kneipwirth, wurde von allen verneint. Diesen Aussagen gegenüber behauptete der Kläger, daß er auf die Schnellmalerei, bei der er so mißfallen haben sollte, kein großes Gewicht lege, seine Hauptproduction seien seine musikalische Aufführungen auf einem amerikanischen Instrument Piccolo bango, der Geige und der Schwung-Zither, und da glaubte er doch etwas zu leisten. Für solche Leistungen, wie sie die Stammgäste gesehen haben wollen, seien auch gewiß höhere Gagen gezahlt worden, als er erhalten sollte. Er beruft sich auf einen Zeugen, der der betreffenden Vorstellung beige-wohnt hätte, und auf eine Kritisin, Miß Mason, mit der er in Berlin zusammen aufgetreten sei. Der erstere sagt aus, daß ihm die Productionen des Haschke ganz gut gefallen haben und daß ihm auch der Beifall gerade nicht so winzig vorgekommen sei. Der Kläger bemerkte dazu noch, daß er eine Pöcse auf den Beifall des Publicums hin wiederholt gespielt habe. Die Letztere erklärte, sie kenne Herrn Haschke, der in Berlin ganz gut gefallen habe. Herr Engel lag daran, die Erklärung abzugeben, daß in seinem Theater sehr gute Kräfte mitwirkten, er zahle Gagen bis zu 2000 Mark monatlich (?) und er habe auch sehr feines Publicum, so z. B. den Grafen Schaffgotsch.

Nach eingehender Beweisaufnahme wurden die Zeugen, 15 an der Zahl, mit Ausnahme von Miß Mason, vereidigt, worauf das Gewerbegericht nach längerer Berathung sich dahin entschied, daß der Beklagte zu verurtheilt ist, den eingeklagten Betrag von 140 Mark unter Ansetzung sämtlicher Kosten zu zahlen. Die Entscheidung, ob Kläger gänzlich mißfallen habe, könne Beklagter nicht einseitig treffen, das Publicum habe zu entscheiden. Die Zeugen sagten zwar übereinstimmend aus, daß nur Stammgäste geflächert hätten, es sei aber nicht zu ermitteln, ob nur Stammgäste applaudirt haben, zumal die Zeugen selbst Beifall nicht gespielt haben. Auch sei es erwiesen, daß Kläger einmal „da capo“ gespielt habe. Es mag sein, daß Kläger keinen Erfolg mit seinen Productionen hatte, aber zwischen einem Mißerfolge und einem gänzlichen Mißfallen liege doch ein Unterschied. Die Einwendung des Beklagten, Kläger müsse sich nach § 7 des Vertrages der Entlassung fügen, könne durchaus nicht als stichhaltig angesehen werden, niemals könnte die Hausordnung auch auf das Arbeitsverhältnis bezogen werden. Die Zuständigkeit des Gewerbegerichts wurde damit begründet, daß Kläger und Beklagter als Gewerbetreibende anzusehen sind.

Die Verhandlung, die zu den interessantesten gehört, nahm vier Stunden in Anspruch. — Von den Arbeitnehmern war Sattler Krause Beifitzer.

Neueste Nachrichten.

— **Berlin**, 6. Februar. Die „Arenzeitung“ schreibt: Der Abg. von Frege hat in der gestrigen Sitzung bekanntlich den Antrag auf Uebergang zur einfachen Tagesordnung gestellt. Das ist geschehen in Uebereinstimmung mit seinen Parteigenossen und nach Berathung mit Führern des Centrums. Nun beschuldigt der „Vorwärts“ Herrn v. Frege des Treubruchs, weil angeblich die als Antragsteller zunächst zum Wort berechtigten Abgeordneten Richter und Bebel nur unter der Voraussetzung zu Gunsten des Abg. v. Frege verzichtet hätten, daß ihnen nach diesen das Wort gegeben würde. Wir constatiren hiermit, daß weder Herr v. Frege noch seinen Mitantragsteller eine solche Berathung betraut

